

Für die beschränkten Ausschreibungen (die Fächer von den einzelnen Bauämtern durchgeführt wurden) besteht seit dem Beschluß des Rates vom 23. April 1958 die Notwendigkeit der Mitwirkung der Abteilung Bauverwaltung. Um diese Aufgabe ausführen zu können, wurde eine Unternehmenskartei angelegt, die alle wesentlichen Merkmale der Unternehmen enthält, mit denen Geschäftsverträge bestehen. Auf den Kriterien der einzelnen Firmen werden alle erhaltenen Aufträge über 1 000 DM sowie alle Bewilligungen für die einzelnen Aufträge vermerkt.

Bauverwaltung

Dem schon erwähnten Fortschritt entsprechend wurden auch sämtliche Zuständigkeiten von der Abteilung 1 abgetrennt.

Im Berichtsjahr wurde der Abteilung Bauverwaltung die zentrale Bearbeitung weiterer Aufgaben für alle Ämter des Bundesrates u. a. die Kontrolle der Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Aufträge über 2 500 DM übertragen. (D)

60 Bauverwaltungsamt

Außerdem wurde die Abteilung 1 mit der Bearbeitung von Ausschreibungen für Bauplan- und Bauplanangelegenheiten sowie Entwürfen von Anlagen über Straßen-, Bau- und Bauplanangelegenheiten beauftragt.

61 Planungsamt

62 Vermessungs- und Katasteramt

Die zentrale Haushaltsüberwachung wurde dem Bauverwaltungsamt übertragen.

63 Bauaufsichtsamt

Die sonstigen Aufgaben der Abteilung 1 wurden dem Bauverwaltungsamt übertragen.

64 Bauförderungsamt

65 Hochbauamt

In der Berichtsjahr nahm der Bauverwaltungsamt die Aufgaben der Bauplanungs- und Bauplanungsämter wahr. Die Aufgaben der Bauplanungs- und Bauplanungsämter wurden dem Bauverwaltungsamt übertragen.

66 Straßen- und Brückenbauamt

Düsseldorf-200 (die Aufgaben der Bauplanungs- und Bauplanungsämter) wurden dem Bauverwaltungsamt übertragen.

67 Kanal- und Wasserbauamt

Auch die Überwachung der Bauplanungs- und Bauplanungsämter wurde dem Bauverwaltungsamt übertragen.

68 Garten-, Friedhofs- und Forstamt

Die Aufgaben der Bauplanungs- und Bauplanungsämter wurden dem Bauverwaltungsamt übertragen.

Zahl der bearbeiteten Baugesuche	1 090
Zahl der bearbeiteten Baupläne	1 090
Zahl der Verfügungen für bearbeitete Genehmigungen und Ausweise	1 125
Zusammen	8 381

Forderungen an Baubedingungen auf später fällig werdende Straßenbaukosten gemäß § 9 des Gesetzes vom 12. Mai 1903 (§ 12 des Fluchtliniengesetzes) zum Soll gestellte Beträge

Zum Soll gestellte Beträge	2 273 392,51 DM
liberträge	2 273 392,51 DM

(Gegen die Forderungen wurden 23 Einsprüche eingeleitet.)

Veranlagung der Kantalgelöhne auf Grund der Ortsetzung vom 18. März 1931

Zum Soll gestellte Beträge	723 094,13 DM
liberträge	658 262,26 DM

(Gegen die Veranlagung wurden 23 Einsprüche eingeleitet) nach dem Grundgesetz zur Zahl der ausgestellten Bescheinigungen über gezahlte Anliegerbeiträge

Amt 60 — Bauverwaltungsamt

Abteilung 1 — Bauverwaltung

Für die beschränkten Ausschreibungen (die früher von den einzelnen Bauämtern durchgeführt wurden) besteht seit dem Beschluß des Rates vom 23. April 1956 die Notwendigkeit der Mitwirkung der Abteilung Bauverwaltung. Um diese Aufgabe ausführen zu können, wurde eine Unternehmerkartei angelegt, die alle wesentlichen Merkmale der Unternehmungen enthält, mit denen Geschäftsverbindung besteht. Auf den Karteikarten der einzelnen Firmen werden alle erteilten Aufträge über 1 000 DM sowie alle Beteiligungen der Firmen an Ausschreibungen vermerkt.

Dem schon erwähnten Ratsbeschluß entsprechend wurden auch sämtliche Submissionseröffnungen von der Abteilung 1 abgehalten.

Im Berichtsjahr wurde der Abteilung Bauverwaltung die zentrale Bearbeitung weiterer Aufgaben für alle Ämter des Baudezernates u. a. die Kontrolle der Unbedenklichkeitsbescheinigungen für Aufträge über 2 500 DM übertragen. (Diese Kontrollen werden in Verbindung mit der Unternehmerkartei ausgeübt.)

Außerdem wurde die Abteilung 1 mit der Bearbeitung aller Anfragen grundsätzlicher Art in Vergabeangelegenheiten sowie Erteilung von Auskünften über Firmen in Bauhaupt- und Nebengewerbe beauftragt.

Die zentrale Haushaltsüberwachung wurde auf maschinelles Arbeiten umgestellt und dazu mit einem Buchungsautomaten ausgestattet.

Die sonstigen Aufgabengebiete der Abteilung blieben unverändert.

Abteilung 2 — Aufschließungsangelegenheiten

In der Berichtszeit nahm der Arbeitsumfang der Abteilung erheblich zu, und zwar hauptsächlich durch die anlaufenden Arbeiten zur Aufschließung des Geländes für das Großbauvorhaben Düsseldorf-Süd (die übrigens eine Vergrößerung des Personalbestandes erforderten).

Auch die Übernahme der Federführung bei Verhandlungen und Vertragsabschlüssen mit Parkhausunternehmen sowie die Bearbeitung der im Leitplanverfahren eingegangenen zahlreichen Einsprüche führten zu einer Vermehrung der Arbeit, die zeitweilig erheblich war.

I. Aufgaben des Gemeindevorstandes nach dem Fluchtliniengesetz

Zahl der bearbeiteten Baugesuche	6 166
Zahl der bearbeiteten Bauanfragen	1 090
Zahl der Verlängerungen für befristet erteilte Genehmigungen und Ausstandsverlängerungen	1 125
	<u>Zusammen 8 381</u>

Forderungen an Baubedingungen auf später fällig werdende Straßenbaukosten gemäß § 9 des Ortsstatuts vom 12. Mai 1903 (§ 12 des Fluchtliniengesetzes)	1 133 Fälle
Zum Soll gestellte Beträge	2 566 128,16 DM
Istbeträge	2 273 392,51 DM
(Gegen die Forderungen wurden 49 Einsprüche eingelegt.)	

Veranlagung der Kanalgebühr auf Grund der Ortssatzung vom 18. März 1931	563 Fälle
Zum Soll gestellte Beträge	723 094,13 DM
Istbeträge	658 562,26 DM
(Gegen die Veranlagung wurden 32 Einsprüche eingelegt.)	
Zahl der ausgestellten Bescheinigungen über gezahlte Anliegerbeiträge	1 220

II. Sonstige Verfahren

	Zahl der Fälle
Eingeleitete Enteignungsverfahren, Freilegung von Straßen	5
Mitwirkung bei Enteignungsverfahren Dritter	1
Mitwirkung im landespolizeilichen Begutachtungsverfahren	17
Bearbeitung von Fluchtlinienplänen nach dem Fluchtliniengesetz	30
Bearbeitung von Bebauungsplänen	115
Bearbeitung von Durchführungsplänen nach dem Aufbaugesetz	60
Leitplanverfahren nach dem Aufbaugesetz	1
Anträge auf Grund des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3. August 1953	1
Ausstellung von Bescheinigungen über Fluchtlinien usw.	17
Anordnungen von Bausperren auf Grund der Bausperrverordnung	2
Genehmigungen nach dem Wohnsiedlungsgesetz und nach der Preisstop- verordnung	3349
davon betrafen	
Kauf-, Erbbau-, Erbauseinandersetzungs- und Schenkungsverträge	2672
Teilungen	653
sonstige preisrechtliche Angelegenheiten	24
Beschwerdeverfahren	72
Verwaltungsstreitverfahren vor dem Landesverwaltungsgericht	21
Verwaltungsstreitverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht	2
Verwaltungsstreitverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht	1

Zahlreich waren die Straßenbauverträge, die mit Bauherren für neu erschlossene Gebiete abgeschlossen wurden.

Über die Aufschließungskosten, über die im Berichtsjahr endgültige Vereinbarungen zustande kamen, gibt die folgende Zusammenstellung Auskunft:

Straßenbau	4 309 517 DM
Straßenbeleuchtung	269 500 DM
Herstellung von Kanalleitungen	2 424 354 DM
Versorgungsleitungen	
Gas	346 595 DM
Wasser	444 878 DM
Strom	371 539 DM
Aufschließungskosten zusammen	8 166 343 DM

Bei den im Rechnungsjahr 1958 eingeleiteten Verhandlungen betr. Aufschließungskosten ergaben sich die folgenden Beträge:

Straßenbau	4 702 810 DM
Straßenbeleuchtung	193 790 DM
Herstellung von Kanalleitungen	2 651 900 DM
Versorgungsleitungen	
Gas	399 950 DM
Wasser	418 350 DM
Strom	541 650 DM
Aufschließungskosten zusammen	8 908 450 DM

Abteilung U — Verwaltungsangelegenheiten der Umlegungsbehörde

Die Umlegung in der Innenstadt gemäß dem Neuordnungsplan vom 28. April 1950 wurde im Berichtsjahr im wesentlichen abgeschlossen.

Zur Ordnung des Grund und Bodens in den Außenbezirken wurde die Bildung neuer Umlegungsgebiete erörtert.

Zur Bearbeitung der Angelegenheiten nach dem Ersten Gesetz zum Schutze der Zivilbevölkerung wurde zu Beginn des Berichtsjahres eine Abteilung gebildet und mit der Bezeichnung 60/BS dem Bauverwaltungsamt angegliedert.

Amt 61 — Planungsamt

Der nach dem Beschluß des Rates der Stadt vom 20. Dezember 1957 aufgestellte Leitplan*) wurde in der Zeit vom 9. Juni bis 7. Juli 1958 offengelegt. Die Bürger der Stadt hatten während des gesetzlich vorgeschriebenen Zeitraums von 4 Wochen Gelegenheit, die städtebaulichen Absichten kennenzulernen und Bedenken sowie Anregungen vorzubringen, z. B. Vorschläge zu einer andersartigen Führung von Verkehrslinien oder zu einer anderen Verteilung der Baugebiete. Fast 2 000 Interessierte nahmen während der Zeit der Offenlegung des Leitplans Einsicht in den Plan, und nahezu 260 machten von der Möglichkeit Gebrauch, Anregungen oder Bedenken zu äußern. Diese wurden in mehreren Sitzungen von der Verwaltung und den dem Planungsausschuß angehörenden Ratsmitgliedern gemeinsam mit den Einsprechern erörtert. Angesichts der räumlichen Enge des Stadtgebietes konnten leider zahlreiche Anregungen nicht aufgegriffen werden. Die behandelten Einwendungen wurden gegen Ende der Berichtszeit mit eingehender Stellungnahme und entsprechender Empfehlung dem Planungsausschuß zugeleitet. Beschlüsse darüber, welche Einwendungen berücksichtigt werden sollen, waren am Ende der Berichtszeit noch nicht gefaßt.

Mit den Arbeiten am Leitplan waren im Berichtsjahr nochmalige eingehende Untersuchungen über das Fassungsvermögen des Stadtgebietes, vor allem in wohnungsmäßiger Hinsicht, verbunden. Die Untersuchungen ergaben eine Aufnahmefähigkeit der im Leitplan ausgewiesenen Wohngebiete von nur noch 50 000 bis 60 000 Wohnungen. Die verstärkt fortgesetzten Bemühungen um Bereitstellung des erforderlichen Baulandes, insbesondere für den öffentlich geförderten Wohnungsbau, die eine Ausarbeitung von vielen Bebauungsvorschlägen und zahlreiche Verhandlungen mit Gesellschaften und Einzelinteressenten notwendig machten, wurden teils durch die Unzulänglichkeit der entsprechenden gesetzlichen Vorschriften, teils durch das weitere starke Ansteigen der Baulandpreise stark behindert, zum Teil sogar zunichte gemacht.

Der Mangel an Bauland für Wohnungsbau hatte bereits im Jahre 1957 dazu geführt, im südlichen Stadtgebiet — zwischen Benrath und Garath — umfangreiches stadteigenes und privateigenes Land zusätzlich für den Wohnungsbau vorzusehen bzw. auszuweisen und einen begrenzten städtebaulichen Wettbewerb für diese geschlossen zu planende Wohnstadt — mit künftig rd. 22 000 Einwohnern — vorzubereiten. Der Wettbewerb wurde zu Beginn des Berichtsjahres abgewickelt und im Juni 1958 entschieden. Im Herbst 1958 nahm die Stadt mit dem 1. Preisträger wegen einer gemeinsamen planerischen Arbeit Verhandlungen auf. Nachdem der Rat der Stadt im Frühjahr 1959 entsprechende Beschlüsse gefaßt hatte, konnte gegen Ende des Berichtsjahres vertraglich eine gemeinsame planerische Arbeit mit einer unter Führung des 1. Preisträgers stehenden Arbeitsgruppe sichergestellt werden. Damit wurden die Voraussetzungen für die Durchführung eines bedeutenden städtebaulichen Vorhabens geschaffen, das das Baugeschehen der kommenden Jahre wesentlich mitbestimmen und einen erheblichen Beitrag zur Milderung der Baulandnot bedeuten wird.

*) Plan über die beabsichtigte Entwicklung des städtebaulichen Aufbaues der Stadtgemeinde Düsseldorf als Ganzes, insbesondere mit Rücksicht auf die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung sowie auf die Erfordernisse des Handels und des Gewerbes, des Verkehrs, der Energie- und Wasserwirtschaft, der Landschaftsgestaltung und der Land- und Forstwirtschaft.

Auch durch das weitere stürmische Anwachsen des Verkehrs wurde die Planung vor große und oftmals kaum lösbare Aufgaben gestellt. Die im vorangegangenen Jahr begonnene Aufstellung des Generalverkehrsplanes wurde fortgesetzt. Im Berichtsjahr wurde damit angefangen, die von den verschiedenen am Generalverkehrsplan tätigen städtischen und privaten Arbeitsgruppen bearbeiteten Einzeluntersuchungen in Kurzfassungen zu bringen, um damit das vorliegende umfangreiche Material für eine gedruckte Abhandlung in begrenztem Umfang zu sichten.

Neben laufenden planerischen Untersuchungen kleinerer Verkehrsaufgaben wurden in Zusammenarbeit mit dem Straßen- und Brückenbauamt und den zuständigen Stellen des Landschaftsverbandes folgende Projekte weiterbearbeitet: Jan-Wellem-Platz, Verkehrsknotenpunkt Mörsenbroich, Fernverkehrsführung im Raum Düsseldorf-Garath, Ost-Tangente, Nord-Tangente, Nördlicher Zubringer und Verkehrsknoten Rath-Nord. Für den ruhenden Verkehr wurden Untersuchungen vorgenommen, um weitere Flächen als Parkplätze oder zur Bebauung mit Parkhäusern verfügbar zu machen.

Außerdem wurden zahlreiche Vorlagen für Baumaßnahmen des Fernmeldebauamtes, der Stadtwerke, des Kanal- und Wasserbauamtes, des Straßen- und Brückenbauamtes und privater Unternehmen in städtebaulicher und verkehrlicher Hinsicht geprüft. Des weiteren wurde eine große Anzahl von Entwürfen für die Errichtung von Tankstellen, privaten Gleisanschlüssen, für die Trassierung von Versorgungsleitungen und andere mittelbare Einrichtungen des Verkehrs überarbeitet bzw. ausgearbeitet.

Die Grundstücksplanungen für Schulen und Sportflächen wurden weitergeführt. Die Flächenpläne der Kleingartenanlagen wurden örtlich überprüft, nochmals im Rahmen der Leitplan-Abschlussarbeiten überholt, mit der Aufsichtsbehörde abgestimmt und in Einzel- und Übersichtsplänen dargestellt. Die Planung kirchlicher Gebäude wurde im Einvernehmen mit den zuständigen Kirchenbehörden zu einem vorläufigen Abschluß gebracht.

In zahlreichen Bebauungsplänen wurden Neubaugebiete und Altbauggebiete bearbeitet und überholt. Für den Kern des Stadtteils Eller wurde eine durch Umlegungsmaßnahmen vorzunehmende städtebauliche Neuordnung vorbereitet. Für die alten dörflichen Gebiete von Niederkassel und Urdenbach wurden fluchtlinienmäßige Neuordnungen unter weitgehender Erhaltung der vorhandenen Bausubstanz eingeleitet. Für die Errichtung von Stadtwohnheimen und Stadtunterkünften wurden Standorte ermittelt, für die Sanierung der Stahlhaussiedlung in Wersten wurde ein Bebauungsplan aufgestellt.

Die Bearbeitung von Baugesuchen und Bauanfragen, die erteilten beratenden Auskünfte und die vorgenommenen Ortsbesichtigungen hielten mit rd. 15 500 Fällen etwa den Umfang der Tätigkeit des dem Berichtsjahr voraufgegangenen Jahres.

Die Mitwirkung des Planungsamtes bei Preisprüfungen für Grundstücke und bei Teilungsgenehmigungen, Kaufverträgen, Konzessionsanträgen, Bewertungen usw. erhöhte sich zahlenmäßig gegenüber 1957. Insgesamt wurden im Berichtsjahr nahezu 9 000 derartige Fälle bearbeitet.

Der Planungsausschuß beriet in 9 Vollversammlungen und in 5 Erörterungsterminen über die anstehenden Planvorlagen der Verwaltung und über die anlässlich der Offenlegung des Leitplanes erhaltenen Anregungen und erhobenen Bedenken. Vom Planungsausschuß wurden dem Hauptausschuß bzw. Rat der Stadt zur weiteren Beschlußfassung 62 Durchführungspläne, 30 Fluchtlinienpläne sowie 9 Vorschläge zur Behandlung von Einwendungen empfohlen.

Für den Umfang der Planungs- und Bautätigkeit in der Nachkriegszeit ist bezeichnend, daß mit den vorstehenden Zahlen der empfohlenen Durchführungs- und Fluchtlinienpläne von Anfang 1949 bis zum Ende des Berichtsjahres, also in nur rd. 10 Jahren nahezu 650 solcher Pläne den

Fachauschuß durchlaufen haben. Zum Vergleich sei angeführt, daß vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Preußischen Fluchtliniengesetzes (2. Juli 1875) bis zum Jahre 1942, also innerhalb von 66 Jahren, insgesamt nur 820 Fluchtlinienpläne aufgestellt worden sind.

Die Vortragstätigkeit des Dezernenten und amtsangehöriger Herren über örtliche und auswärtige städtebauliche Fragen wurde fortgesetzt. Insbesondere während der Sommermonate 1958 wurden zahlreiche in- und ausländische Gäste (Fachleute, Studentengruppen und interessierte Laien) durch Vorträge und Führungen in die örtlichen städtebaulichen Probleme eingeführt.

Amt 62 — Vermessungs- und Katasteramt

Vermessungsamt

Von dem Stadtplan 1:1 000 im neuen Blattschnitt des Gauß-Krüger-Systems wurden 30 Blätter (1 Blatt für 50 ha) nach dem neuesten Zustand örtlich aufgenommen und kartiert, 48 fertige Blätter liegen jetzt vor.

Vom Innenstadtplan im Maßstab 1:500 wurden weitere Blätter bearbeitet. Am Ende der Berichtszeit lagen 21 Blätter kartiert und gezeichnet vor (1 Blatt für 12,5 ha).

Neu bearbeitet wurden 18 Blätter des Stadtplanes 1:2 500 (1 Blatt für 4 km²) von der Innenstadt und dem Flughafen; dabei wurden 8 Randblätter mit Gebieten, die nicht zur Stadt gehören, umgezeichnet (Zeichnung der fremden Gebiete nach Düsseldorfer Muster) und 6 Blätter vom Osten des Stadtgebiets mit Schichtlinien versehen.

Von 4 Blättern — Innenstadt und Oberkassel — im Maßstab 1:5 000 wurde ein 6-Farbendruck angefertigt.

Für die Kartierung im Gauß-Krüger-System war eine Verbesserung und Verdichtung des Polygonnetzes erforderlich. In diesem Zusammenhang wurden 430 Neupunkte bestimmt.

Über die Polygonnetze wurden 10 Übersichtsblätter im Maßstab 1:5 000 im Schnitt der Deutschen Grundkarte angelegt.

Das Höhenverzeichnis wurde vervollständigt; es lag am Ende der Berichtszeit in der neuen Form — Einzelblattsystem — auf 52 Blättern komplett vor. Dort wo Höhenmarken verlorengegangen waren und in Gebieten mit großer Bautätigkeit wurden Höhenbolzen gesetzt (106) und deren Höhe durch Feinnivellement bestimmt.

Die rege Bautätigkeit erforderte wieder umfangreiche und an Termine gebundene Absteckungen: für 1 325 Gebäude wurden die Fluchtlinien abgesteckt und geprüft, ob sie eingehalten wurden. Für die Ausschusssitzungen mußten 15 Fluchtlinien- und 63 Durchführungspläne vorbereitet und für das Feststellungsverfahren endgültig ausgearbeitet werden.

Für Straßenlandabtretungen, Rückübereignungen und Mehrwertverzichte wurden 122 Verträge beurkundet. Im Zusammenhang damit, aber auch für Ankäufe und Verkäufe der Liegenschaftsverwaltung sowie für Teilungen und Bauvorhaben wurden 113 Urkundsmessungen ausgeführt (insgesamt 53 ha).

Im Lagerbuch ergaben sich Änderungen im folgenden Umfang:

betr. Erbbaurechte	153
Eigentumsveränderungen	858
Flurstücksvereinigungen usw.	450

In das neue Liegenschaftskataster wurden 6 Gemarkungen übernommen und 2 weitere für die Übernahme vorbereitet.

In der Abteilung Straßenbaukosten wurden bearbeitet:

1 480 Baugesuche
1 740 Berechnungszettel
800 Anliegerbescheinigungen
710 Frontlängenangaben (z. T. mit Plänen)
1 060 Eintragungen in die Berechnungshefte

Für Baugesuche und Bauanfragen erfolgten 460 Hausnumerierungen und 343 -umnumerierungen.

Sonderaufgaben waren für die Nordbrücke und den Abwasserdüker Ilverich zu erledigen. Nach Fertigstellung der Brücke wurden für die Zu- und Abfahrtstraßen alle Absteckungen, Aufmessungen und Nivellements ausgeführt. Für den Abwasserdüker Ilverich wurde ein Fein-nivellements-Stromübergang zur einwandfreien Übertragung der Höhen zwischen den rechts- und linksrheinisch gelegenen Baustellen vorgenommen; ferner wurde eine selbständige Triangu-lation gelegt, gemessen und berechnet, um die genaue Länge über Strom zu ermitteln. Nach Ein-richtung der linksrheinischen Baustelle erfolgte die Richtungsübertragung in den Druckstollen. Mit Fortschreiten der Bauarbeiten mußte die Richtung täglich im Stollen überprüft werden, um den Bau des Tunnels in der gewünschten Richtung zu gewährleisten. Dieses sog. Einweisen des „Schildes“ auf die Verbindungslinie der beiden Caissons erfolgte in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft (Hochtief AG, MacLean, Grove & Company, Dyckerhoff & Widmann KG).

Besondere Aufmessungen und Nivellements größeren Umfangs mußten für den Flughafen und dessen geplante Erweiterung ausgeführt werden. Ferner wurden im Zuge der Einzelaufnahme aller städtischen Grundstücke der Nordfriedhof und das Gelände der Städt. Krankenanstalten neu gemessen.

Für 13 Umlegungspläne (16,9 ha) wurden Messungen ausgeführt. Die Beteiligten der 13 Um-legungsteilgebiete erhielten vom Vermessungsamt Lagepläne des alten und neuen Bestandes ihrer Grundstücke. Für Stadtviertel, in denen weitere Umlegungsverfahren zu erwarten sind, wurden die notwendigen Vorarbeiten eingeleitet.

Katasteramt

Für die Verwaltung, Beleihung und Veräußerung von Grundstücken sowie für Mietzwecke wurden 11 313 Auszüge, Abschriften und Abzeichnungen vorgenommen (im Rj. 1957: 10 081). — Änderungen im Bestand und in der Bezeichnung der Grundstücke und Gebäude infolge Eigen-tumswechsel, Teilung, Zusammenlegung, Straßenumbenennung, Neubau, Wiederaufbau usw. erfolgten in 30 404 Fällen (im Rj. 1957: 30 928). — Fortführungsvermessungen wurden in 3 796 Fällen in das Kataster übernommen und Vermessungsunterlagen darüber angefertigt (im Rj. 1957: 3 463).

Der Umfang der Änderungen für das Gebäudekataster war wieder beträchtlich. Insgesamt wurden Änderungen für 6 842 Gebäudeeinheiten bearbeitet. (Mit der Fortführung des amtlichen Gebäudekatasters wird die Ermittlung des Nutzungswertes verbunden, der eine Grundlage für die Berechnung der städtischen Gebühren — Straßenreinigungs- und Kanalbetriebsgebühren — ist. Die im einzelnen eingetretenen Gebäudeveränderungen werden den Finanzämtern für die Fortschreibung der Einheitswerte mitgeteilt.)

Bei 4 714 Gebäudebesitzungen wurde der neue Gebäudebestand aufgenommen. In rd. 3 000 Fällen davon mußten örtliche Ermittlungen zum Vergleich des tatsächlich vorhandenen Gebäudebestandes

mit dem Bestand lt. Katastereintragung erfolgen, da die ganz oder teilweise zerstörten Gebäude in den Bauakten nicht nachgewiesen und in vielen Fällen auch alte Bauten sowie nach dem Kriege errichtete Schwarzbauten nicht angemeldet sind. Durch diese Maßnahmen wurden zahlreiche Hauseigentümer zur Nachzahlung bzw. Zahlung von Grundsteuern und Gebühren in vorschriftsmäßiger Höhe herangezogen.

Bei der Führung des Wertkatasters wurden in 2 492 Fällen die vom Grundbuchamt übersandten Verkaufsurkunden ausgewertet, die bereinigten Kaufpreise in Kaufpreissammlungen niedergelegt und die für unbebaute Grundstücke und Trümmergrundstücke ermittelten Kaufpreise je qm in die Bodenwertkarte übernommen.

Ein neues Liegenschaftskataster wurde für die Gemarkungen Altstadt, Flingern und Unterbilk aufgestellt. Für die Gemarkungen Heerdt und Oberbilk erfolgten die Vorarbeiten hierzu.

Über die Mitwirkung des Katasteramtes bei der Umlegung ist zu berichten, daß für 6 Umlegungsblöcke und 23 Teilgebiete die vermessungstechnischen Unterlagen geprüft und die Verteilungsverzeichnisse und Umlegungspläne in das Kataster übernommen wurden.

Zur Katastererneuerung erfolgte eine Neumessung für 22 Straßenblöcke mit 640 Grundstücken. Die ermittelten Werte wurden in das Kataster übernommen. Für die betreffenden Gebiete wurden Rahmenkarten im Maßstab 1:500 angefertigt.

Amt 63 — Bauaufsichtsamt

Im Rechnungsjahr 1958 wurden vom Bauaufsichtsamt 5 211 Baugesuche genehmigt. Bei 3 147 der Genehmigungen handelte es sich um sog. Kleine Bauscheine, die für Bauvorhaben unter 50 m³ umbauten Raumes oder unter 1 000 DM Bauaufwendungen ausgestellt werden bzw. um Anschluß- oder Zusatzgenehmigungen (sofern kein Wohnraum dabei zugeht).

Im einzelnen wurden erteilt:

für Wohnungsbauten	3 507 Genehmigungen,	} darunter 2 099 Kleine Bauscheine
für gewerbl. Bauten	1 315 Genehmigungen	
für Sonderbauten	389 Genehmigungen	

504 Baugesuche mußten — aus baurechtlichen Gründen — abgelehnt werden. Bei den vorerwähnten Genehmigungen und Ablehnungen handelte es sich zu einem Teil um Baugesuche, die schon vor dem Berichtsjahr beim Bauaufsichtsamt eingegangen waren.

Nach den genehmigten Gesuchen bzw. Plänen war die Erstellung von 8 138 Wohnungen vorgesehen.

Ohne Berücksichtigung der Kleinen Bauscheine entfielen — nach der Höhe der Baukosten —
rd. 53 vH der Genehmigungen auf Wohnbauten
rd. 44 vH der Genehmigungen auf gewerbliche Bauten
rd. 3 vH der Genehmigungen auf Anstaltsgebäude u. öffentliche Bauten

Beim Bauaufsichtsamt gingen in der Berichtszeit 1 090 generelle Anfragen bezüglich Bebauung und Ausnutzung der einzelnen Grundstücke ein.

Von den Gesuchen, die viel Arbeit verursachten und deshalb zwangsläufig eine lange Laufzeit bis zur Erledigung hatten, sind vor allem die mit unzureichenden Bauunterlagen zu nennen. Aber auch Auseinandersetzungen um unerfüllbare Wünsche der Bauherren und die Notwendigkeit, eine Vielzahl von Stellen wegen des Bauvorhabens zu konsultieren, waren u. a. Gründe für

eine längere Bearbeitungsdauer. (Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Gesuchen für kleinere Vorhaben lag zwischen 10 und 14 Tagen, die für größere Vorhaben zwischen 50 und 75 Tagen.) Im gesamten gesehen ging allerdings die Zahl der Beanstandungen von Baugesuchsunterlagen gegenüber den Vorjahren merklich zurück. Die unzureichend vorgebildeten Planverfasser machten nämlich in steigendem Umfang von der Möglichkeit Gebrauch, sich vor der Abgabe ihrer Baugesuche vom Bauaufsichtsamt beraten zu lassen. Dadurch werden andererseits die Sachbearbeiter wesentlich stärker beansprucht. Die Arbeit der Beratungsstelle wurde von dem Gutachterkollegium der freien Architekten unterstützt.

Viele Baugesuche ließen wieder erkennen, daß sie vom Wunsch der Bauherren getragen waren, die Grundstücke bis zum letzten auszunutzen. Schwierigkeiten gab es auch wieder, Einstellplätze für Kraftfahrzeuge zu schaffen. Obwohl bekannt ist, daß die Bestimmungen der Reichsgaragenordnung im öffentlichen Interesse vom Bauaufsichtsamt unbedingt durchgesetzt werden müssen, wehrten sich vor allem solche Bauherren dagegen, die Gebäude in der Innenstadt zu errichten beabsichtigten. Andererseits wurden von Personen aus den Außenbezirken der Stadt in steigendem Umfang Anträge auf Genehmigung der Errichtung von Garagenbauten gestellt. — Festzustellen war ferner eine gegenüber dem Vorjahre stärkere Zunahme der Zahl der Anträge auf Installation einer Ölheizungsanlage.

Die Tätigkeit des Werbebeirats, der seit 1955 das Bauaufsichtsamt in Angelegenheiten der Außenwerbung berät, war auch im Berichtsjahr wieder von großer Bedeutung für die zu treffenden Entscheidungen über Gesuche auf Errichtung von Anlagen für die Außenwerbung. Da die gesetzlichen Bestimmungen häufig nicht ausreichen, um Übertreibungen auf dem Gebiet der Reklameanlagen wirksam zu unterbinden, waren die vom Werbebeirat erarbeiteten Richtlinien weiterhin Grundlage für die Genehmigung solcher Anlagen. Mit 66 Anträgen befaßte sich der Arbeitsausschuß des Werbebeirats in 10 Sitzungen im einzelnen. Der Erfolg der Arbeit des Gremiums ist in der Hebung des Niveaus der Außenreklame zu sehen. Positiv ist auch der Rückgang der Zahl der Beschwerden über abgelehnte Gesuche zu bewerten. Im Berichtsjahr wurden 1893 Anträge Reklameanlagen betreffend genehmigt, 89 abgelehnt. (Vergleichszahlen für das Rechnungsjahr 1957: 2 850 genehmigte, 96 abgelehnte Anträge.)

Die statischen Berechnungen (rd. 3 400) wurden z. T. von der Abteilung Baustatik des Amtes selbst, z. T. von den öffentlich bestellten Prüfungingenieuren geprüft. Die Bauten wurden vorschriftsmäßig auf Standsicherheit und Güte der Baustoffe überprüft. Täglich wurden zwischen 25 und 30 Kontrollen von Stahlbetonkonstruktionen durchgeführt. Verstärkte Kontrollen waren im Berichtsjahr möglich, da der Abteilung 2 weitere Fachkräfte zugewiesen wurden und die Zuteilung eines weiteren Personenkraftwagens es ermöglichte, die Baustellen mit Kraftfahrzeug aufzusuchen.

Im Berichtsjahr führte das Bauaufsichtsamt die Gebrauchsabnahme von

1 209 Wohngebäuden und 258 Nichtwohngebäuden, die durch Neubau, Wiederaufbau oder Umbau errichtet waren, durch.

Einschließlich der 360 durch sonstige Baumaßnahmen gewonnenen Wohnungen, betrug die Zahl der insgesamt abgenommenen Wohnungen 8 483, der Wohnräume 27 082.

Die Bestrebungen des Bauaufsichtsamtes, das ungenehmigte Bauen weiter einzudämmen, waren nicht ganz erfolglos. Im Rechnungsjahr 1958 nahm die Schwarzbautätigkeit gegenüber 1957 um rd. 31 vH ab. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß ab 1958 in verstärktem Maße die Bauherren, Architekten und Bauunternehmer, die ohne baurechtliche Genehmigung Bauarbeiten ausführen, bei der Staatsanwaltschaft wegen Übertretung gemäß § 367 Ziffer 15 des Strafgesetzbuches angezeigt werden, während in den Jahren vorher nur die Bausünder angezeigt wurden, die sich eines schweren Verstoßes schuldig gemacht hatten. Auch machte sich hier der verstärkte Einsatz von Personenkraftwagen bei den Kontrollen günstig bemerkbar.

In der Berichtszeit wurden 70 Personen angezeigt, obwohl die Schwarzbautätigkeit gegenüber 1957 nachgelassen hat. Außerdem wurden in 18 Fällen Zwangsgelder in Höhe von je 500 DM gegen Bauherren, Architekten und Bauunternehmer festgesetzt.

In 6 Fällen sind auf Grund der gesetzlichen Vorschriften Baustoffe abgefahren worden, weil die Bauherren trotz der verschiedensten Ordnungsverfügungen die ungenehmigten Bauarbeiten nicht einstellten.

Im Rechnungsjahr 1958 wurden rd. 300 Straßen von den Kontrolleuren des Sachgebietes „Gefahrenstellen“ systematisch begangen. Zu den 1 525 bekannten Gefahrenstellen wurden im Laufe des Berichtsjahres 784 Gefahrenstellen neu festgestellt; beseitigt wurden 1 328, so daß am 31. März 1959 noch 981 Gefahrenstellen bestanden, die zu beseitigen waren.

Die Unterbringung der in einsturzgefährdeten Häusern wohnenden Familien bereitete wieder große Schwierigkeiten, da auch die vorhandenen Notunterkünfte und die Räume in den Stadtwohnheimen nicht ausreichten. Es wird erwogen, Instandsetzungen notfalls durch die Stadtverwaltung selbst zu betreiben, um Wohnraum zu erhalten.

Das Istaufkommen von Gebühren für baurechtliche Genehmigungen und Genehmigungen für Werbezeichen betrug im Berichtsjahr rd. 2,2 Mill. DM (einschl. des Aufkommens an Zwangsgeldern und Dispensgebühren).

Amt 64 — Bauförderungsamt

Rechtsgrundlage für die Tätigkeit des Bauförderungsamtes im Berichtsjahr waren in erster Linie die Vorschriften des Zweiten Wohnungsbaugesetzes vom 27. Juni 1956 (BGBl. I S. 523) und die „Bestimmungen über die Förderung des sozialen Wohnungsbaues im Lande Nordrhein-Westfalen durch Landesdarlehen“ vom 19. Dezember 1956 (MBl. NW 1956 S. 2498) im Zusammenhang mit dem Erlaß des Ministers für Wiederaufbau des Landes vom 25. Februar 1958 betr. Maßnahmen zur Überleitung des Bewilligungsverfahrens auf die gemäß § 2 Abs. 1 und 2 sowie § 12 des Gesetzes zur Neuregelung der Wohnungsbauförderung zuständigen Stellen. Durch den letztgenannten Erlaß wurde mit Wirkung vom 1. April 1958

- a) die Stadt für die Bewilligung von Darlehen und Zuschüssen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau auch für Neubauten zuständig, für die bis dahin der Regierungspräsident Bewilligungsbehörde gewesen war
- b) die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf für die Darlehensgewährung und Darlehensverwaltung zuständig.

Von Bedeutung für die Tätigkeit des Amtes in der Berichtszeit waren folgende neue Bestimmungen:

1. a) Rd.Erl. des Ministers für Wiederaufbau betr. Wohnungsbauprogramm 1958 — I. Abschnitt — vom 25. November 1957 und
b) Rd.Erl. des Ministers für Wiederaufbau betr. Wohnungsbauprogramm 1958 — II. Abschnitt — vom 12. Juni 1958.
Mit diesen beiden Mittelbereitstellungserlassen wurden wiederum u. a. besondere Mittel zum Bau von Ersatzwohnungen für in Notunterkünften lebende Personen bereitgestellt.
2. Rd.Erl. des Ministers für Wiederaufbau betr. Bestimmungen über die Gewährung von Aufwendungsbeihilfen im Lande Nordrhein-Westfalen (AufwBB) vom 15. Dezember 1958 (MBl. 1958 S. 2690).

Durch diesen Erlaß wurde für die Bauvorhaben im sozialen Wohnungsbau mit Wirkung vom 1. Januar 1959 ein neues Finanzierungssystem eingeführt. Im Hinblick auf die günstige Lage am Kapitalmarkt wurde das bis dahin geltende System durch ausschließliche Kapitalsubvention aufgegeben, da der Einsatz der im Rahmen einer ausschließlichen Kapitalsubvention erforderlichen hohen öffentlichen Mittel volkswirtschaftlich nicht mehr vertretbar erschien. Die bis dahin mögliche Aufstockung der Darlehenshöchstsätze (um 10 bis 30 vH) fiel fort. Dafür wurden in bestimmten Fällen Aufwendungsbeihilfen bis zu 60 Pf je qm Wohnfläche im Monat (für die Dauer von zunächst 5 Jahren) gewährt. — Abgesehen von den Auswirkungen des Erlasses auf das Finanzierungssystem beeinflussten dessen Bestimmungen auch das Mietpreisgefüge für den sozialen Wohnungsbau. Die vom Gesetzgeber festgesetzt gewesenen Höchstmietsätze wurden durch die echte Kostenmiete abgelöst. Die sich bei der neuen Finanzierung ergebende Kostenmiete wurde in bestimmten Fällen durch die Gewährung von Aufwendungsbeihilfen auf eine sog. tragbare Miete gesenkt, wobei die bis dahin geltenden Durchschnittsmietsätze von 1,20, 1,45 und 1,60 DM je qm Wohnfläche im Monat nur noch als Anhaltspunkte für die Höhe der „tragbaren Miete“ zu gelten hatten.

Für das Bauprogramm zugunsten von Zuwanderern aus der Sowjetischen Besatzungszone und für Aussiedler aus den Vertreibungsgebieten (SBZ-Bauprogramme) fanden die Aufwendungsbeihilfebestimmungen im Berichtsjahr noch keine Anwendung.

Im Rechnungsjahr 1958 wurden im einzelnen folgende Bewilligungen ausgesprochen:

Nr. der Bereitstellungs- position	Baumaßnahme	Bewilligter Betrag DM
A. Bundes- und Landesmittel		
1.01	Schlüsselmittel (Mittel ohne besondere Zweckbindung)	11 738 700
1.02	Äußere Umsiedlung	8 496 370
1.03	Innere Umsiedlung	2 322 100
1.04	SBZ-Programme	10 455 800
1.05	Notunterkünfte	13 226 350
1.06	Bauherrenwohnungen	4 907 880
1.08	Stahlarbeiter	3 718 600
1.09	Bundesbahn	858 400
1.10	Bundespost	1 001 100
1.11	Stadtkernmaßnahmen	7 000
1.12	Finanzierung von Liegenschaften für Verteidigungszwecke	146 800
1.14	Wohnheime	980 000
1.25	sonstige Maßnahmen	95 400
versch. Pos.	Finanzierungsbeihilfen des Landes	3 810 600
Zusammen (A)		61 765 100
B. Städt. Wohnungsbaumittel		
1. aus 1956		
S 50	Finanzierungsbeihilfe für Dringlichkeitsfälle	1 835
S 52	Umlegungsbetroffene	41 700
S 53	Verlorene Zuschüsse (Tbc-Kranke)	51 000
S 55	Finanzierungsbeihilfe Einstellplätze	19 600
S 56	Nachfinanzierungen	3 810
2. aus 1957		
S 53	Verlorene Zuschüsse (Tbc-Kranke)	1 400
S 57	Städt. Bedienstete	162 900
S 58	Projektverdrängte	311 000
S 60	Nachfinanzierungen	312 310
S 61	Reparaturdarlehen	92 100
S 62	Finanzierungsbeihilfe Notunterkünfte	346 700
S 63	Finanzierungsbeihilfe für Dringlichkeitsfälle	1 238 250

Nr. der Bereitstellungs- position	Baumaßnahme	Bewilligter Betrag DM
S 64	Umlegungsbetroffene	551 900
S 65	Finanzierungsbeihilfe Einstellplätze . .	159 200
S 66	Vollfinanzierung	209 100
S 67	Finanzierungsbeihilfe für Dringlichkeitsfälle	3 575 000
S 68	Niederkasseler Lohweg	1 000 000
S 70	Reparaturdarlehen	347 500
3. aus neuen Bereitstellungen 1958		
S 19	Arbeitgeberdarlehen	624 745
S 28	Spendenmittel Amt 36	50 000
S 57	Städt. Bedienstete	500 000
S 69	Dabringhauser Straße	1 940 000
S 71	Projektverdrängte	2 000 000
S 72	Nachfinanzierungen	385 000
S 73	Finanzierungsbeihilfe Einstellplätze . .	177 800
S 74	Finanzierungsbeihilfe für Dringlichkeitsfälle	3 000 000
S 76	Finanzierungsbeihilfe äußere Umsiedlung	850 500
S 77	Finanzierungsbeihilfe Notunterkünfte .	1 340 600
S 78	Bauherrenwohnungen	208 700
S 79	Nachfinanzierungen	299 300
S 80	Projektverdrängte	2 000 000
S 82	Finanzierungsbeihilfe für Dringlichkeitsfälle	299 905
S 83	Finanzierungsbeihilfe Einstellplätze . .	22 000
S 84	Finanzierungsbeihilfe Niederkasseler Lohweg und Dabringhauser Straße .	400 000
S 85	Restfinanzierung 3 Großbauvorhaben .	665 600
S 57/59	Städt. Bedienstete	350 000
S 86/59	Projektverdrängte	1 143 200
S 87/59	Projektverdrängte	375 700
Zusammen (B)		25 058 455
C. Aufbaudarlehen aus dem Lastenausgleichsfonds		5 439 860
Insgesamt (A bis C)		92 263 415

Von dem insgesamt bewilligten Betrag entfielen

auf den Wiederaufbau

mit Landesmitteln	20 580 350 DM	} für 1 493 Wohnungen und 42 Bettplätze
mit LA-Aufbaudarlehen	2 287 600 DM	

auf den Neubau

mit Landesmitteln	41 184 750 DM	} für 3 193 Wohnungen und 207 Bettplätze
mit LA-Aufbaudarlehen	3 152 260 DM	

auf den Neubau und Wiederaufbau

mit städt. Mitteln	25 058 455 DM	} für 476 Wohnungen
	92 263 415 DM	

Aus dieser Übersicht ergibt sich deutlich das starke Überwiegen des Neubaus gegenüber dem Wiederaufbau im Gegensatz zu früheren Jahren. Mit diesen Mitteln wurde der Bau von insgesamt 5 162 Wohnungen und 249 Bettplätzen in Gemeinschaftsheimen gefördert, darunter 476 Wohnungen ausschließlich mit städtischen Wohnungsbaumitteln für Projektverdrängte und Umlegungsbetroffene.

Die Mieten für diese Wohnungen betragen den Bestimmungen des Zweiten Wohnungsbau-gesetzes entsprechend für Personen mit geringem Einkommen 1,20 DM, für sonstige Wohnungs-suchende 1,45 DM und bei besonderer Ausstattung und Lagevorteilen 1,60 DM pro qm im Monat.

Im Berichtsjahr wurde die Prüfung von 149 Anträgen auf nachträgliche Anerkennung von Eigenheimen als Familienheime im Sinne des § 78 des Zweiten Wohnungsbau-gesetzes vom 27. Juni 1956 (BGBl. I S. 544) erforderlich. Wegen der damit verbundenen Rechtsansprüche von Bauherren auf Zuteilung von Wohnungen in Familienheimen ging der Anerkennung (diese wurde vom Regierungspräsidenten ausgesprochen) eine eingehende verwaltungsmäßige und technische Überprüfung der Anträge bzw. Objekte voraus.

Die im Berichtsjahr eingereichten Anträge auf Förderung des Baues von Eigenheimen und Kleinsiedlungen sind aus nachstehender Übersicht zu ersehen:

a) Eigenheime

Anzahl der Anträge	250
Zahl der Eigenheime	415
Zahl der Wohnungen	641
beantragte Landesbaudarlehen einschl. Eigenkapitalbeihilfe	11 009 531 DM
beantragte Aufbaudarlehen LAG	1 500 000 DM
Gesamtherstellungskosten einschl. Grundstück	24 658 365 DM

b) Kleinsiedlungen

Anzahl der Anträge	3
Zahl der Wohnungen	12
beantragte Landesdarlehen	141 000 DM
Gesamtherstellungskosten einschl. Grundstück	321 500 DM

Im Rechnungsjahr 1958 wurden im freifinanzierten Wohnungsbau gemäß den Bestimmungen des § 254 Abs. 2 und 3 LAG

122 Bauvorhaben mit 137 Wohnungen

technisch und verwaltungsmäßig geprüft. Dem Lastenausgleichsamt wurde für diese Bauvorhaben ein Betrag von 671 400 DM zur Bewilligung vorgeschlagen (darunter für Neubauten 329 300 DM für 52 Bauvorhaben mit 70 Wohnungen).

Über den steuerbegünstigten Wohnungsbau ist folgendes zu berichten:

a) Einkommensteuervergünstigung gemäß § 7c EStG:

Bescheinigungen zur Erlangung der Steuervergünstigung nach § 7 EStG wurden auch im Berichtsjahr wieder im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen erteilt. Die Bestimmungen erfuhren durch die Neufassung des Einkommensteuergesetzes vom 23. September 1958 (BGBl. I S. 672) eine Änderung. Es entfiel die Begünstigung des Baues von Mietwohnungen für Arbeitnehmer ab 1. Januar 1959. Begünstigt blieben nur noch der Eigenheim- und Eigentumswohnungsbau sowie der Wiederaufbau kriegszerstörter Gebäude. Eine weitere Einschränkung der alten Bestimmungen des § 7c besteht darin, daß ab 1. Januar 1959 Steuerbegünstigung nach § 7c nur noch von Personen in Anspruch genommen werden kann, die zu einer ordnungsgemäßen Buchführung verpflichtet sind.

Eine Übersicht über die Tätigkeit in diesem Sachgebiet gibt die nachstehende Zusammenstellung:

Unerledigte Anträge aus dem Rechnungsjahr 1957	86
in der Berichtszeit eingegangene Anträge	386
<u>Zusammen</u>	<u>472 Anträge</u>

Nach technischer und verwaltungsmäßiger Prüfung wurden 107 vorläufige und 278 endgültige Bescheinigungen erteilt. 23 Anträge mußten abgelehnt werden, weil die Voraussetzungen für die Erteilung einer Bescheinigung nicht erfüllt waren. Am Ende des Berichtsjahres befanden sich noch 64 Anträge in Bearbeitung.

Die Summe der in den ausgestellten Bescheinigungen aufgeführten 7c-Darlehen und verlorenen Baukostenzuschüsse belief sich auf 5 603 166 DM. Sie war für die Finanzierung von 987 Wohnungen mit 3 427 Räumen vorgesehen (darunter 688 Wohnungen mit 2 509 Räumen, die mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden).

Weiter wurden im Berichtsjahr 269 schon erteilte vorläufige Bescheinigungen nach Fertigstellung der Bauvorhaben und erneuter technischer und verwaltungsmäßiger Bearbeitung in endgültige Bescheinigungen umgewandelt.

b) Grundsteuervergünstigung nach § 7 des Ersten Wohnungsbaugesetzes bzw. Anerkennung als steuerbegünstigte Wohnungen nach § 82ff. Zweites Wohnungsbaugesetz:

Die Bestimmungen über die Bearbeitung der Anträge auf Erteilung einer Bescheinigung blieben unverändert. Durch RdErl. vom 8. Dezember 1958 (MBI. NW S. 2676) ordnete der Minister für Wiederaufbau an, daß die Finanzämter auch über die Bauvorhaben zu unterrichten sind, die auf Grund des Zweiten Wohnungsbaugesetzes mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Die Mitteilungen, für die ein besonderer Vordruck vorgeschrieben ist, mußten für die zurückliegende Zeit (ab 1. Januar 1957) nachgeholt werden. Die Benachrichtigung der Finanzämter bedeutete für das Bauförderungsamt eine Mehrarbeit und zusätzliche Belastung.

Mit den durch RdErl. des Wiederaufbauministers vom 7. Januar 1958 (MBI. NW S. 80) angeordneten Kontrollen darüber, ob die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Grundsteuervergünstigung nach Bezugsfertigstellung der Bauvorhaben weiter vorliegen, wurde begonnen. Im Berichtsjahr wurden 1 336 Überprüfungen durchgeführt. Sie erstreckten sich fast nur auf Bauvorhaben, für die Bescheinigungen gemäß § 10 des Ersten Wohnungsbaugesetzes ausgestellt sind. In einer Anzahl von Fällen mußte festgestellt werden, daß die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Grundsteuervergünstigung nicht mehr gegeben waren. Die zuständigen Finanzämter und das Stadtsteueramt wurden entsprechend benachrichtigt. Einschließlich der 370 aus dem Rechnungsjahr 1957 übernommenen Anträge lagen in der Berichtszeit 2 192 Anträge die Grundsteuervergünstigung betreffend vor. Es wurden erledigt durch

vorläufige Bescheinigungen	46 Anträge
endgültige Bescheinigungen	1 748 Anträge
Ablehnungen	46 Anträge
Zusammen	1 840 Anträge

Außer diesen Anträgen wurden 89 Anträge auf Umwandlung von vorläufigen in endgültige Bescheinigungen bearbeitet, ferner 30 Einsprüche und 119 Anträge zu bereits ausgestellten Bescheinigungen auf Grund eingetretener Veränderungen in der Nutzung der Wohnungen durch Zugang weiterer begünstigter Räume usw. (Nachträge).

c) Grunderwerbsteuerbefreiungen:

Das Gesetz über die Grunderwerbsteuerbefreiung für den Wohnungsbau vom 4. März 1952 wurde durch das Gesetz vom 3. Juni 1958 abgelöst. Es erfuhr am 19. Juni 1958 eine neue Fassung, die im GV NW S. 282 veröffentlicht wurde. Die neuen Bestimmungen, die am 7. Juni 1958 in Kraft traten, fanden auf Grunderwerbungen Anwendung, die nach dem 6. Juni 1958 erfolgten. Der Erwerb eines unbebauten Grundstücks oder eines Grundstücks mit zerstörten

oder beschädigten Gebäuden ist nach den neuen Bestimmungen von der Grunderwerbsteuer befreit, wenn die anrechenbare Grundfläche aller Räume des Gebäudes zu mehr als $66\frac{2}{3}$ vH (bis dahin 80 vH) auf Wohnungen und Wohnräume entfällt, die nach dem Ersten und Zweiten Wohnungsbaugesetz mit öffentlichen Mitteln gefördert werden oder als steuerbegünstigt anzuerkennen sind.

Von den bearbeiteten 210 Fällen wurden 185 durch Erteilung der beantragten Bescheinigung erledigt. 25 Anträge mußten abgelehnt werden.

d) Befreiung von den in der Kostenordnung bestimmten Gerichtsgebühren:

378 Bescheinigungen zwecks Befreiung von den Eintragungsgebühren bei dem Grundbuchamt auf Grund des Gesetzes über die Gebührenbefreiung beim Wohnungsbau vom 30. Mai 1953 wurden erteilt.

Für die Erstellung von Wohnungen für städt. Bedienstete wurden die Darlehensanträge (für die Arbeitgeberdarlehen gewährt werden) technisch geprüft, die Bauausführung bis zur Fertigstellung der Bauvorhaben überwacht und die Voraussetzungen zur Auszahlung der 2. und 3. Rate festgestellt.

Es wurden gefördert

im Neubau	67 Eigenheime mit 75 Wohnungen (Darlehenssumme 650 150 DM)
im Wiederaufbau	65 Mietwohnungen (Darlehenssumme 624 745 DM)

Amt 65 — Hochbauamt

Im Haushaltsplan 1958 waren für Baumaßnahmen insgesamt 57,5 Mill. DM angesetzt (darunter rd. 50 Mill. DM im außerordentlichen Haushaltsplan, und zwar 24 Mill. DM für Schulen, 4 Mill. DM für die neue Chirurgische Klinik und 22 Mill. DM für sonstige Bauten).

Tatsächlich verausgabt wurden insgesamt rd. 42,7 Mill. DM. Von dieser Ist-Ausgabe entfielen auf den ordentlichen Haushalt 7,1 Mill. DM (Schulen 0,9 Mill. DM, sonstige Bauten 2,5 Mill. DM, Sammelnachweis 3,7 Mill. DM) und auf den außerordentlichen Haushalt 35,6 Mill. DM (Schulen 19,1 Mill. DM, neue Chirurgische Klinik 3,6 Mill. DM, sonstige Bauten 12,9 Mill. DM).

Außerdem wurden verausgabt

für die Neubeschaffung von Inventar	3 149 393 DM
(1 949 991 DM für Schulneubauten, 473 170 DM für andere Schulbauten, 726 232 DM für die Bauten der Verwaltung)	
für die Unterhaltung des Mobiliars	149 108 DM
(97 122 DM für Schulen und 51 986 DM für Verwaltungsgebäude)	
für die von der Inventarverwaltung durchgeführten Transporte	18 168 DM

Die Entwurfsabteilung des Hochbauamtes führte — teils allein, teils in Zusammenarbeit mit Privatarchitekten — die Planungsarbeiten für folgende Neu- und Umbauten durch:

- Erweiterung Rheinstadion
- Badeanstalt Benrath II

Städt. Krankenanstalten:

- Schwesternwohnheim Moorenstraße
- Schwesternwohnheim am Stoffeler Damm
- Apotheke
- Bibliothek
- Frühgeburtenzentrale
- Studentenwohnheim
- Astagebäude
- Gärtnerei
- Übermikroskopie
- Wäscherei
- Krankenhaus Benrath

Schlachthof

- Erweiterung Schweineschlachthalle
- Neues Verwaltungs- und Wohngebäude

Rathaus (Tußmannbau)

Zentralgärtnerei

Großkläranlage Ilverich (Maschinenhaus, Pumpenhaus, Verwaltungsgebäude, Werkstattgebäude, Garagen, Hochbehälter)

Betriebshof auf dem alten Bilker Friedhof

Verwaltungsakademie

Strandbad Lörick

„Volkserholungsstätte Unterbacher See“

Zentralbetriebshof Ronsdorfer Straße

Kongreßhaus (Kunstakademie)

Kombinierte Ausstellungs- und Kongreßhalle

Konservatorium

Flüchtlingssiedlung Schwarzer Weg

Für den Schulbau wurden die Planungsarbeiten zur Errichtung folgender Schulbauten im Berichtsjahr aufgenommen:

- Volksschule Südallee
- Volksschule Erfurter Weg
- Volksschule Diepenstraße
- Volksschule Salierstraße
- Volksschule Henkelstraße
- Volksschule Graf-Recke-Straße
- Turnhalle Unterrather Straße
- Turnhalle Heerstraße
- Turnhalle Lindenstraße
- Turnhalle Lichtenbroich
- Turnhalle Matthias-Claudius-Schule
- Goetheschule II
- Metallgewerbliche Berufsschule II
- Bildungsanstalt für Frauenberufe
- Gewerbliche Berufsschule für Mädchen

Aus den vorangegangenen Jahren waren noch folgende Planungen in der Bearbeitung:

- Volksschule Karl-Müller-Straße
- Volksschule Vennhauser Allee
- Volksschule Rolandstraße

Volksschule Melanchthonstraße
Volksschule Sonnenstraße
Volksschule Jahnstraße
Realschule Siegburger Straße
Realschule Rethelstraße
Rethelgymnasium
Geschwister-Scholl-Gymnasium
Helene-Lange-Schule

Für 16 dringliche Großobjekte, von denen aber noch nicht feststeht, wann sie durchgeführt werden können, wurden Kostenanschläge mit einem Gesamtbetrag von rd. 202 Mill. DM aufgestellt. Von diesen Projekten sind insbesondere zu nennen:

Kongreßhalle,
Kongreßhäuser,
Parkhochhäuser.

Für folgende Objekte im Bereich der Städt. Krankenanstalten wurden Vorbereitungsarbeiten geleistet bzw. die Ausschreibungen vorgenommen:

Neue Apotheke und Zentralbibliothek
Labor Hautklinik
Schwesternheim Moorenstraße 48/50
Neue Gärtnerei
Einfriedigung am Parkplatz

Über die Baumaßnahmen im Berichtsjahr ist folgendes zu berichten:

Die Bauarbeiten zur Errichtung des Krankenhauses Benrath wurden aufgenommen (Gesamtbauvolumen 17,7 Mill. DM; rd. 2,7 Mill. DM wurden bis zum 31. März 1959 verausgabt). Am 1. November 1958 übernahm der Privatarchitekt, der bis dahin von 3 städt. Dienstkräften unterstützt worden war, die alleinige Bauleitung. Die geschäftliche Durchführung bzw. Oberleitung blieb Aufgabe des Hochbauamtes.

Das Bauobjekt besteht im wesentlichen aus dem eigentlichen Krankenhaus (für 369 Krankentbetten), 3 Schwesternwohnheimen (für insgesamt 111 Schwestern), Wohnheimen für 36 weibliche Hausangestellte, Verwaltungsleiter und Betriebsmeister und 6 Appartements für Ärzte.

Im Bereich der Städt. Krankenanstalten wurden im Berichtsjahr folgende größere Bauobjekte ganz oder im wesentlichen fertiggestellt:

Neue Chirurgische Klinik
Verbrennungsofenanlage
Hauptküche (Umbauarbeiten)
Holzlager (für Schreinerei)
Zentrallabor (Haus Himmelgeist)
Haus Himmelgeist (Restarbeiten Kellergeschoß und Verbindungsflur)

Die Unterhaltungsarbeiten an und in Gebäuden der Städt. Krankenanstalten erforderten im Berichtsjahr Ausgaben in Höhe von 485 000 DM.

Bauobjekte in der Bauausführung waren am Ende der Berichtszeit:

Neue Wäscherei mit Desinfektionsanstalt
(Baubeginn 18. November 1958, Kostengröße 3,4 Mill. DM)
Neubau Frühgeburtenzentrale
(Baubeginn 1. August 1958, Kostengröße 635 000 DM)

- Neubau Übermikroskopie
(Baubeginn 22. Juli 1958, Kostengröße 626 500 DM)
- Neubau Pförtnerhaus mit Fahrradschuppen
(Baubeginn 15. November 1958, Kostengröße 156 000 DM)
- Umbau Alte Chirurgische Klinik
(Baubeginn 16. Juli 1958, Kostengröße 358 000 DM)

Weitere Einzelheiten über die vorerwähnten Bauobjekte sind im Bericht über die Städt. Krankenanstalten angegeben.

Über die Schulbautätigkeit gibt die nachstehende Übersicht Aufschluß, zu der weitere Angaben im Bericht über das Schulamt zu finden sind.

Im Berichtsjahr wurden fertiggestellt:

- Cecilienschule, Lewitstraße
- Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule, Brucknerstraße
- Volksschule Eugen-Richter-Straße
- Volksschule Am Hackenbruch
- Volksschule Im Dahlacker
- Volksschule Helmutstraße (Erweiterungsbau)
- Turnhalle Konkordiastraße
- Turnhalle Flurstraße 59
- Hilfsschule Oberrather Straße
- Metallgewerbliche Berufsschule I, Auf'm Hennekamp

An Schulumbauten wurden fertiggestellt

die Volksschulgebäude Schillstraße und Heiligenhauser Straße.

Begonnen bzw. weitergeführt wurden Arbeiten an folgenden Schulgebäuden

- Rethelgymnasium
- Gymnasium Gerresheim
- Gymnasium Ellerstraße
- Realschule Rethelstraße
- Realschule Siegburger Straße
- Realschule Vennhauser Allee
- Volksschule Rosmarinstraße
- Volksschule Mettmanner Straße
- Volksschule Diepenstraße
- Volksschule Gotenstraße
- Volksschule Südallee

Instandsetzungsarbeiten erfolgten in bzw. an 80 Schulgebäuden. Die Kosten hierfür beliefen sich auf rd. 1,6 Mill. DM.

Für Bauarbeiten im Ausstellungsgelände am Rhein wurden im Berichtsjahr folgende Beträge verausgabt:

Ausstellungshalle F (erstmalige Benutzung bei der Drupa 1958)	3 750 000 DM
Unterhaltungsarbeiten für Ausstellungshallen	153 630 DM
Erneuerung der Dächer des Ausstellungspalastes Ehrenhof	93 215 DM
Einbau von Schraubenlüftern in den Ausstellungshallen B und E.	45 188 DM

Der Umfang der sonstigen Bautätigkeit ist aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlich (mit Angaben über die im Berichtsjahr dafür ausgegebenen Beträge):

Um- und Wiederaufbau des alten Rathauses (Tußmannbau)	732 000 DM
Umbau Schnellenburg	285 000 DM

Rathausblock M, I. Abschnitt	160 000 DM
Haus Ratinger Straße 6.	128 000 DM
Erweiterungsbauten Siedlung „Schwarzer Weg“	126 000 DM
Bezirkslagerplatz Aachener Straße	124 742 DM
Wohnhaus Kurfürstenstraße 31	95 647 DM
Erweiterung Feuerwache Behrenstraße	83 000 DM
Wilhelm-Marx-Haus	76 314 DM
Rathausblock K, II. Abschnitt	74 000 DM
Umbau Grüne Halle/Rheinhalle	63 900 DM
Umbau Feuerwache Münsterstraße	63 000 DM
Haus Bilker Allee 235	60 794 DM
Stadthaus, Umbau von Diensträumen	60 000 DM
Feuerwache Hüttenstraße, Hofgebäude.	52 500 DM
Neueinfriedigung der Feuerwache Wersten.	51 200 DM
Fuhrpark-Betriebserweiterung	51 000 DM
Fuhrpark Martinstraße	49 400 DM
Zentralbetriebshof Ronsdorfer Straße	22 475 DM
Planungsbaracke Düsseldorf Süd	22 000 DM
Wagenwaschboxe Feuerwache Hüttenstraße	15 750 DM
Trafostation Schneider-Wibbel-Gasse	15 000 DM

Von den sonstigen Bauten, an denen im Berichtsjahr weitergearbeitet wurde, sind zu nennen:

- Stadtgärtnerei Lohausen
- Buschermühle
- Leichenhalle Heerd
- Steinmetzwerkstätten Nordfriedhof
- Tribüne Rheinstadion, I. Bauabschnitt
- Schwimmstadion, I. Bauabschnitt
- Tribüne Rheinstadion, II. Bauabschnitt
- Schwimm- und Sportstadion, Stützmauer
- Schwimmstadion, II. Bauabschnitt
- Rheinstadion, Pförtnerhaus mit Trafostation, Haupteingang
- Betriebshof Bilker Friedhof
- Mehrzweckgebäude Bilker Friedhof

Von der Tätigkeit des Sachgebiets Gas, Wasser, Heizung und Lüftung ist folgendes zu berichten: Eine gasbeheizte große Müllverbrennungsanlage mit automatischer Mülltonnenkippvorrichtung wurde im Kesselhausgebäude der Städt. Krankenanstalten eingebaut. Zur Versorgung dieser Anlage wurde eine Mitteldruckgasleitung verlegt, aus der zusätzlich auch Gas in das veraltete und überlastete Niederdruckgasnetz geleitet werden kann.

Auf dem Großmarkt wurden wegen der im Winter unerträglichen Arbeitsbedingungen 150 Gasstrahlgeräte in den Hallen installiert. Dadurch entfiel die Beheizung der gesamten Hallen, die im Hinblick auf die Haltbarkeit der Lebensmittel usw. nicht erwünscht ist. Zur Versorgung der Gasstrahlungsheizung wurde ein Mitteldruckgasnetz verlegt.

Für die neue Stadtgärtnerei in Lohausen wurde eine Regenwasser-Auffangananlage gebaut. Bei dieser wird das gesammelte Regenwasser durch Pumpen in ein weitverzweigtes Verteilungsnetz gedrückt, um alle empfindlichen Pflanzen mit Regenwasser zu versorgen. Die Gewächshäuser erhielten automatisch arbeitende Temperaturregelanlagen in Verbindung mit gut regelbaren Koksesseln, um jede Überheizung der Gewächshäuser bei plötzlicher Sonnenbestrahlung zu vermeiden.

Das erste Lehrschwimmbecken wurde in der Gotenschule in Betrieb genommen. Umfangreiche technische Anlagen zur Erneuerung, Erwärmung, Filterung und chemischen Behandlung des Badewassers mußten installiert werden. Zur Verhütung von Fußpilzkrankung wurde eine Sprühanlage eingebaut, die zwangsläufig von jedem Schüler benutzt werden muß. Eine eingebaute automatisch arbeitende Be- und Entlüftungsanlage hält die Temperatur auf dem gewünschten Stand.

Sämtliche größere Singsäle und Aulen der neu errichteten Schulen, soweit diese Räume auch der Bevölkerung zu Veranstaltungen zur Verfügung stehen sollen, wurden mit Lüftungsanlagen ausgestattet.

Aus dem Sachgebiet Elektro-Anlagen und Aufzüge:

Für alle neuen höheren Schulen wurden fahrbare Experimentiertische für Physik- und Chemieräume entwickelt. Gegenüber den früher installierten Wandschalttafeln erlauben diese Experimentiertische dem Lehrpersonal eine dauernde Kontrolle der Schüler.

Die Volksschule Diepenstraße erhielt als erste Volksschule elektrische Experimentieranschlüsse und -tafeln mit Spannungen von 12 bis 24 Volt.

Im Kunstmuseum wurde eine Spezialbeleuchtungsanlage mit Schrägrastern installiert, damit die ausgestellten Bilder gut beleuchtet werden.

Das Institut für Elektronen-Mikroskopie in den Städt. Krankenanstalten erhielt eine umfangreiche und komplizierte elektrische Installation, da dort sowohl mit Drehstrom als auch mit Gleichstrom in verschiedenen Spannungen von 110 bis 380 Volt gearbeitet wird.

Im Sachgebiet Fernsprechwesen wurde die Modernisierung veralteter Fernsprechanlagen fortgesetzt. Etwa 90 vH aller Anlagen entsprachen am Ende der Berichtszeit den neuen Bestimmungen der Deutschen Bundespost. Auch in den Vorortdienststellen Benrath, Eller und Gerresheim wurden die veralteten Anlagen durch neuzeitliche Fernsprecheinrichtungen ersetzt.

Die neuen Schulgebäude wurden mit Fernsprecheinrichtungen versehen, die eine automatische Weitergabe eines ankommenden Gespräches an eine andere Stelle der Schule vornehmen, wenn die Stelle, die normalerweise die Gespräche annimmt, sich nicht innerhalb von 30 Sekunden meldet.

Die Berufsschule Auf'm Hennekamp erhielt als Demonstriermodell für die Fernmeldeschüler die erste Zentrale mit Edelmetall-Schnellrelais-Koppelfeld, eine Neuentwicklung einer führenden Firma auf dem Gebiete der Forschung und Herstellung von elektrotechnischen Anlagen.

Die Wartung erstreckte sich auf ca. 430 Anlagen mit 4 200 Fernsprechapparaten.

Über die Tätigkeit auf dem Gebiet der Denkmalpflege und Friedhofsberatung gibt die nachstehende Übersicht Auskunft:

a) Denkmalpflege

Errichtung des Mahnmals der Stadt Düsseldorf für die Opfer des „Dritten Reiches“

Gestaltung des Marktplatzes für die Jan-Wellem-Woche im April 1958

(Mitarbeit bei der Aufstellung und Durchführung des Gesamtprogramms für die Festwoche)

Aufstellung der Plastik „Sich wiegendes Kind“ in der Grünanlage an der Wangeroogstraße (Unterrath) in Verbindung mit einer Brunnenanlage

Aufstellung der Marmorplastik „Wissenschaft“ in Düsseldorf auf der Burggrafenstraße (Oberkassel)

Aufstellung der wiedergefundenen Marmorplastik „Anselm Feuerbach“ im Volksgarten (Nähe Restaurant)

Aufstellung von 4 Bronzebüsten auf Stelen bedeutender Kaiserswerther Bürger in den Grünanlagen Nähe Kaiserpfalz, Kaiserswerth

Anbringung von 4 historischen Grabplatten an der Stützmauer vor der Stiftskirche in Kaiserswerth

Nach der Entdeckung Freilegung der Fundamente der früheren „Kapelle der Schwarzen Mutter Gottes“ in Benrath. Auffindung des Grundsteines mit den historischen Daten

Versetzung der Stephanienbüste von der früheren Stelle in der Nähe des Opernhauses zum neuen Standort (Reitallee Nähe Maximilian-Weyhe-Denkmal)

Restaurierung des Wegkreuzes in Garath und der Graf-Spee-Gedenktafel am Spee'schen Palais

Instandsetzung der „Tritonengruppe“ am Corneliusplatz, der „Dreimädelgruppe“ am Landeshaus, des „Industriebrunnens“ am Fürstenplatz und des „Moorenbrunnens“ vor den Städt. Krankenanstalten

Anbringung der „Robert-Lehr-Gedenktafel“ am Robert-Lehr-Ufer

Entwurf einer „Heine-Gedenktafel“ für das Heine-Sterbehaus in Paris

Vorbereitende Arbeiten für die Aufstellung des „Danziger Mahnmals“, des „Berliner Bären“, des „Ehrenmals in Benrath“ und der „Jan-Wellem-Stadterweiterungstafel“

Denkmalpflegerische Mitarbeit bei der Restaurierung des Schlosses Benrath

Beratung bei der Gestaltung und Restaurierung folgender historischer Kirchen und Kapellen
St. Lambertus:

Weiterführung der inneren Instandsetzungsarbeiten

Bauliche Herrichtung der Schatzkammer

Fortführung der Restaurierungsarbeiten am Grabmal Wilhelm des Reichen

Stiftskirche St. Margareta, Gerresheim:

Weitere Instandsetzung des Kircheninneren

Alt-St. Martin:

Wiederherstellung des Turmes

Evgl. Neanderkirche:

Instandsetzung des Kircheninnern

Ehem. lutherische Kirche Bergerstraße:

Sicherstellung der Ruine

Friedhofskapelle Himmelgeist:

Völlige Restaurierung

Beratung und Förderung durch Beihilfen im Einvernehmen mit dem Kulturausschuß und dem Landeskonservator bei der Instandsetzung einer großen Anzahl denkmalwerter Privatbauten, u. a.:

Haus Werth, Hubertusstift, Citadellstr. 5, Alte Landstr. 179, Bilkerstr. 30, 32, Gericcusplatz 8, 17, 21, 22, 26, Kurze Str. 2, 12, 14.

b) Friedhofsberatung

Beratung, künstlerische Überarbeitung und Genehmigung von 5 078 Anträgen auf Grabdenkzeichen.

Restaurierung einer Anzahl historischer Grabstätten auf dem Golzheimer Friedhof, u.a.: Erneuerung des Grabmals „Marschall Soult“.

Neubeschaffung von 150 Basaltlava-Liegeplatten und Restaurierung bzw. Reinigung von 3 100 Platten für die Ehrengräber der Stadt Düsseldorf

Ausarbeitung weiterer Bestimmungen über die Gestaltung von Grabmalen und Grabfeldern (im Einvernehmen mit der Arbeitsgemeinschaft für Friedhofsgestaltung, dem beratenden Beirat sowie dem zuständigen Fachausschuß des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes)

Ergänzung des Musterfeldes auf dem Golzheimer Friedhof durch neue Liegeplatten und Grabmale

Anfertigung von Grabmalentwürfen und Gipsmodellen für die Beratung des Publikums im Büro der Friedhofsverwaltung.

Amt 66 — Straßen- und Brückenbauamt

Durch das starke Anwachsen des Straßenverkehrs ergaben sich wieder zahlreiche schwierige Planungs- und Bauaufgaben. Zeitraubend und schwierig waren vor allem die sehr problematischen Planungen für Straßen und Plätze im Stadtgebiet, bei denen wegen der vorhandenen Bebauung nur ein ganz bestimmter Raum für den ins Auge gefaßten Straßenbau zur Verfügung stand. In den meisten Fällen waren mehrere Entwürfe notwendig, um eine Lösung zu finden, die unter den gegebenen Umständen als zufriedenstellend angesehen werden konnte. Große Bauaufgaben, deren Durchführung noch bevorsteht, sind u.a. die Errichtung von Über- bzw. Unterführungsbauwerken und der Ausbau des Jan-Wellem-Platzes sowie des Worringer Platzes.

Die wichtigsten der im Berichtsjahr von der Planungsabteilung entwickelten und gefertigten Vorentwürfe betrafen folgende Straßenbauvorhaben:

- Jan-Wellem-Platz (17. bis 22. Lösung, mit Kostenschätzungen, Festlegung der Baustufen und der Verkehrsführung, Anfertigung von Darstellungen mit Längs- und Querschnitten)
- Verkehrsknotenpunkt Mörsenbroich (Kreuzung Münsterstraße/Heinrichstraße)
- Kniebrücke und Oberkasseler Brücke mit Zufahrten (Modellanfertigung)
- Verkehrsführung Ost-Tangente und Hugo-Wolf-Straße in Garath
- Kostenschätzung für den Straßenbau der geplanten Wohnstadt Düsseldorf-Süd („Trabantenstadt in Düsseldorf-Benrath“)
- Unterführung der Berliner Allee unter die Graf-Adolf-Straße
- Verkehrslösungen im Bereich des Südlichen Zubringers (Werstener Feld, Industrieanschluß Henkel, Kreuzung Südlicher Zubringer/Kölnener Landstraße)
- Über- bzw. Unterführung der Bundesbahn im Zuge des Hellweges
- Zufahrten zur Zentralgärtnerei Lohausen (mit Kostenschätzung)
- Verkehrsknotenpunkt Handweiser
- Erholungsgebiet „Unterbacher See“
- Rethelstraße (Umbau und Anlage eines Spielplatzes)
- Graf-Recke-Straße (Umbau)
- Morper Straße/Heyestraße/Rathelbeckstraße (teilweiser Neubau und Anschluß an die zukünftige Landstraße l. O., 404)
- Molikestraße (Umbau mit Straßenbahnführung)
- Unterrather Straße (Umbau)

Von den sonstigen Arbeiten der Planungsabteilung, die größeren Zeitaufwand erforderten, sind folgende zu nennen:

- Prüfung von 3 040 Baugesuchen (darunter 76 betr. Errichtung von Tankstellen) in Bezug auf Anbaufähigkeit und Beschaffenheit der Straße, an der die betr. Baulichkeiten errichtet werden sollen und Angabe der Bürgersteiganschnittshöhen sowie der Kosten für das Anlegen von Bürgersteigen
- Ermittlung der Ausbaukosten für Vertragsstraßen in 243 Fällen (insgesamt 13,2 Mill. DM) als Grundlage für die abzuschließenden Straßenbauverträge zwischen Stadtverwaltung und Hauseigentümer
- Errechnung und Mitteilung von Kosten für das Anlegen von Bürgersteigen und Überfahrten in 874 Fällen (Kostenvoranschläge)

Für die Straßenbauplanung wurden aus den Verkehrszählungen wichtige Erkenntnisse gewonnen. Die „Straßenverkehrsuntersuchung Düsseldorf 1958“ war die größte bzw. umfassendste, die im Berichtsjahr durchgeführt wurde. An 6 Zähltagen im Juni/Juli 1958 wurden in 1 500 Zähl-schichten rd. 65 000 das Stadtgebiet in der Zeit von 06—22 Uhr verlassende Kraftfahrzeuge gezählt und die Fahrer nach dem Woher und Wohin befragt, um den Umfang des Durchgangs-verkehrs, des gebrochenen Durchgangsverkehrs (Zwischenziel in Düsseldorf) und des Quell-verkehrs (Standort des Kfz in Düsseldorf) festzustellen.

Im Rahmen dieser Zählung wurde auch der innerstädtische Verkehr gezählt. Dabei wurden an rd. 114 000 Fahrzeugführer Fragen gestellt, um ein Bild über die Verkehrsbeziehungen inner-halb der Stadt zu erhalten. — Die Ergebnisse der vorstehenden Verkehrszählungen sollen (nach erfolgter Aufbereitung im Lochkartenverfahren und nach eingehender Auswertung) in einer Sonderschrift des Straßen- und Brückenbauamtes veröffentlicht werden.

Die Verkehrszählung am Verkehrsknotenpunkt „Mörsenbroich“ am 24. Oktober 1958 von 16.45 bis 18.45 Uhr (Nördlicher Zubringer/St. Franziskusstraße/Mörsenbroicher Weg/Heinrich-straße/Brehmstraße/Münsterstraße/Grashofstraße) hatte das Ziel, den Verlauf und die Stärke der einzelnen Fahrzeugströme zu untersuchen. (Es war zu erkennen, daß an diesem Knotenpunkt eine Lösung von Dauer nur durch eine Verkehrsführung in einer zweiten Ebene — Hochstraße oder Tunnel — erwartet werden kann.)

An einigen wichtigen Punkten in der Innenstadt und dem übrigen Stadtgebiet wurde auch der Fußgängerverkehr gezählt, um einen Anhalt für Gehwegbreiten zu bekommen und um fest-zustellen, wo sich die Fußgängerzentren befinden.

Eine Reihe von Kurzzählungen an verschiedenen Straßen während der Verkehrsspitzenstunden schlossen sich an. — An den ständigen Zählstellen wurden die sog. Pegelzählungen weiter-geführt — (siehe Statistisches Jahrbuch der Stadt 1958, S. 74 und 75).

Eine Koordinierung aller Verkehrszählungsergebnisse wird den für die Planung notwendigen Überblick über die Belastung der Straßen und den Verlauf der Fahrzeugströme verschaffen.

Im Rahmen eines von der Forschungsgesellschaft für das Straßenbauwesen e.V. Köln übernom-menen Forschungsauftrages wurden fahrdynamische Untersuchungen zur Erlangung von Tras-sierungsunterlagen vorgenommen.

Die Aufwendungen für die Verkehrszählungen (einschl. der maschinellen Aufbereitung) und sonstige Grundlagenerhebungen, Untersuchungen usw. betragen rd. 100 000 DM.

Der Umfang des Straßenbaues in der Berichtszeit ist aus der nachstehenden Aufstellung über die einzelnen Bauobjekte ersichtlich:

- Zufahrten zur Börse bzw. Industrie- und Handelskammer
(Neubau)
- Zufahrten zum Phoenix-Rheinrohr-Hochhaus
(Neubau)
- Immermannstraße (Abschnitt zwischen Kreuzstraße und Börse)
(Neubau)
- Immermannstraße (Abschnitt zwischen Charlottenstraße und Karlstraße)
(Neubau)
- Oststraße (im Bereich der Immermannstraße)
(Ausbau)
- Berliner Allee (zwischen Kreuzstraße und Alexanderstraße)
(Ausbau)
- Corneliusstraße
(weiterer Ausbau)

Karistraße (mit Unterführungsbauwerk an der Kreuzungsstelle
 Immermannstraße)
 Stresemannplatz
 (Ausbau)
 Am Wehrhahn (mit Überführungsbauwerk Grafenberger Allee)
 (Ausbau)
 Adlerstraße
 (Ausbau)
 Rochusplatz
 (Umgestaltung)
 Rochusviertel (Anlegung von Parkplatz und Grünfläche)
 Fischerstraße und Kaiserswerther Straße
 (Anlegung von Parkflächen für Ausstellungsbesucher)
 Flughafeneinfahrt
 (Umgestaltung)
 Hans-Böckler-Straße (von Gladbacher Straße bis Erftstraße)
 (Neubau)
 Kieshecker Weg
 (Ausbau)
 Heerdtter Lohweg
 (Ausbau zwischen Hansa-Allee und Viersener Straße und zwischen Pariser Straße
 und Rheinallee)

Für das Anschließen der Nordbrücke an das linksrheinische Straßennetz wurden folgende Bauarbeiten durchgeführt:

Anschüttung der Straßendämme und Verfüllung der Kiesgrube zwischen
 Pariser Straße und Rheinallee
 Ausbau der verlängerten Arnulfstraße zur Lotharstraße
 Bau der Brüsseler Straße (im Gebiet des „Seesterns“ sowie zwischen Kevelaerer
 Straße und Benediktusstraße)
 Bau der Abfahrtsstraße vom „Seestern“ zur Lotharstraße (sog. Ortsabfahrt)
 Befestigungen unter der Lotharbrücke und auf dem Vorplatz der Christus-
 König-Kirche

Die Nordbrücke erhielt den endgültigen Fahrbahnbelag.

Von den weniger großen Bauobjekten sind zu nennen:

Straßenbau und Straßenausbau im Gelände der Städt. Krankenanstalten
 Anschüttung für das Überführungsbauwerk Cranachstraße
 Fahrbahnverbreiterung der Pariser Straße (in Höhe der Tankstelle)
 Gestaltung des Platzes am Mahnmal an der Danziger Straße
 Anlegung eines Schienenüberweges auf der Hansa-Allee (in Höhe des Hauses
 Nr. 228)
 Erdarbeiten am Heerdtter Krankenhaus (im Zuge des Ausbaues Heerdtter Loh-
 weg)

Folgende Straßenkreuzungen wurden zum Teil nach baulicher Umgestaltung mit Verkehrs-
 signalanlagen ausgerüstet:

Kreuzung Münsterstraße/Rather Straße
 Kreuzung Corneliusstraße/Hüttenstraße
 Kreuzung Bagelstraße/Camphausenstraße

Kreuzung Königsallee/Graf-Adolf-Straße
 Kreuzung Kölner Landstraße/Kampstraße
 Kreuzung Kölner Landstraße/Ickerswarde Straße
 Kreuzung Kölner Landstraße/Rheindorfer Weg
 Kreuzung Markenstraße/Schmiedestraße
 Kreuzung Heinrich-Ehrhardt-Straße/Rather Straße
 Kreuzung Homberger Straße/Cecilienallee
 Kreuzung Klemensplatz
 Kreuzung Kölner Landstraße/Opladener Straße
 Kreuzung Oberbilker Allee/Stoffeler Straße

Die Bauausgaben für den vorerwähnten Straßenbau und für die Ausrüstung von Straßenkreuzungen mit Verkehrssignalanlagen beliefen sich insgesamt auf 16 976 000 DM, darunter 11 453 000 DM für Zu- bzw. Abfahrtstraßen der Nordbrücke und 3 137 000 DM für den Straßenbau im Zusammenhang mit der Neuordnung. — Der Zuschuß des Landes (auf Grund des Gesetzes über den Finanzausgleich für das Rechnungsjahr 1958 vom 1. April 1958) für den Um- und Ausbau von Landstraßen I. Ordnung und Gemeindestraßen von über- und zwischenörtlicher Bedeutung betrug 677 880 DM.

Für die Instandsetzung und Unterhaltung von Straßen (einschl. der Beseitigung von Kriegsschäden) wurden 5 000 000 DM verausgabt.

Neben diesen vom Straßen- und Brückenbauamt selbst veranlaßten Unterhaltungsarbeiten an öffentlichen Straßen wurden noch folgende Arbeiten auf Antrag von Anliegern bzw. auf Veranlassung von städtischen Betrieben und Ämtern durchgeführt:

Erstherstellung von Bürgersteigen in 855 Fällen
 (Kosten rd. 1 Mill. DM)
 Wiederherstellung von Bürgersteigen in 610 Fällen
 (Kosten rd. 460 000 DM)
 Bau von Vertragsstraßen — 85 000 qm —
 (Kosten rd. 1,7 Mill. DM)
 Herstellung von Schulhofflächen
 (Kosten rd. 800 000 DM)
 Herstellung von 7 Sportplätzen
 (Kosten rd. 400 000 DM)
 Verschiedene Unterhaltungsarbeiten für Großmarkt, Schlacht- und Viehhof,
 Städt. Krankenanstalten, Krankenhaus Benrath, Kläranlage Ilverich und Stadt-
 gärtnerei
 (Kosten rd. 710 000 DM)

Die Aufwendungen für diese Auftragsarbeiten gingen zu Lasten der Auftraggeber bzw. zu Lasten des Haushalts der auftraggebenden Stellen.

Für die Unterhaltung und Verwaltung von Bundesstraßen, Landstraßen I. und II. Ordnung sowie von anerkannten Gemeindewegen von über- und zwischenörtlicher Bedeutung erhielt die Stadt für das Rechnungsjahr 1958 einen Landeszuschuß von 372 232 DM (gemäß dem Gesetz über den Finanzausgleich für das Jahr 1958 vom 1. April 1958). Dieser Betrag gliedert sich wie folgt auf:

für 52,801 km Bundesstraßen (je km 3 000 DM)	158 403 DM
für 17,165 km Landstraßen I. O. (je km 3 000 DM)	51 495 DM
für 18,749 km Landstraßen II. O. (je km 2 000 DM).	37 498 DM
für die Verwaltung von 11,551 km Landstraßen II. O. ohne Ortsdurchfahrten (je km 1 700 DM)	19 637 DM
für 105,199 km anerkannte Gemeindewege von über- und zwischen- örtlicher Bedeutung (je km 1 000 DM)	105 199 DM

Im Berichtsjahr wurde auf dem Grundstück der Aachener Straße 135 (Aachener Straße Ecke Südring) mit dem Bau eines Bezirkslagerplatzes nebst Gebäude für Verwaltungszwecke sowie mit Unterkunfts- und Waschräumen für die Belegschaft begonnen. Auf diesem neuen Lagerplatz soll das Straßenbaumaterial für die Unterhaltungsbezirke 6 und 7 künftig gelagert werden, deren alte Lagerplätze für Bebauungszwecke freizumachen waren.

Die Baustoffe für die vielen Baustellen im Stadtgebiet wurden von den Lieferfirmen teils zu den Baustellen unmittelbar, teils zum Bauhof am Karlshof 2 geliefert. Die Beschaffung über den Bauhof — der im Berichtsjahr vom Kanal- und Wasserbauamt nach teilweiser Inbetriebnahme des neu errichteten Zentralbetriebshofes Ronsdorfer Straße geräumt wurde — umfaßte alle Materiallieferungen für den Straßenbau, die größer waren als der Bedarf auf den einzelnen Baustellen, sowie alle Waggonsendungen. Im Berichtsjahr umfaßten die Lieferungen an den Bauhof:

- rd. 80 000 t Hochofenmaterial
- rd. 600 t Bindemittel
- rd. 1 000 t Naturpflaster
- rd. 3 000 Stück Kunststeinplatten
- rd. 20 000 m Naturbordsteine und Schwellen

Die Produkte der Natursteinindustrie stammen zum größten Teil aus den Notstandsgebieten in Niederbayern, in der Eifel und im Oberbergischen Land.

Für den Maschinenpark des Amtes wurden neu beschafft:

- 1 Werkstattwagen für die Verkehrskolonne mit 4,5 t Tragfähigkeit
- 1 Instandsetzungswagen
- 1 Selbstladegerät
- 1 Beschickungsanlage auf Lkw für Streugut
- 1 fahrbare Magirusleiter

In eigener Steinmetzwerkstatt wurden aus alten Steinen hergestellt:

- 270 m Granit-Bordsteinkurven
- 450 m Basaltlava-Bordsteine
- 200 m Basaltlava-Schwellen
- 120 m basaltlava-profilierter Wangensteine
- 100 Stück Basaltlava-Sinkkastenabdeckungen

Von den beauftragten Steinmetzfirmer wurden aus alten Steinen 800 m Granitbordsteine und Kurven, 7 000 m Basaltlava-Bordsteine und 3 500 m Basaltlava-Schwellen hergestellt.

In der Schmiede auf dem Bauhof, die die Geräte und Werkzeuge auch von den 12 Unterhaltungsbezirken bzw. -plätzen zu reparieren und zu pflegen hat, wurden 95 Peitschenmaste für Signallampen, 50 Spezialmaste für transparente Schilder, 60 m Sperrböcke und 700 m Kettengeländerpfosten hergestellt.

Die Schreinerei sorgte für die Instandhaltung der 35 Bauwagen, der Holzbaracken der 12 Unterhaltungsbezirke, der Sandkisten für den Winterdienst und der Baukarren.

Vom Amt 66 wurden im Berichtsjahr 2 710 amtliche Straßenverkehrszeichen, darunter 110 transparente, aufgestellt; ferner 1 200 Straßenschilder, 2 200 m Ketten- und Rohrgeländer, 26 500 Stück Verkehrsnägel und 620 Leitsteine angebracht. Markierungen in Farbe auf Fahrbahnen wurden — durch Vertragsfirmen — in folgendem Umfang angebracht:

- 2 300 m Überwege
- 2 200 m Leitlinien
- 220 Verkehrsrichtungspfeile und -zeichen

(Der Verbrauch an Farbe für diese Arbeiten betrug rd. 10 000 kg.)

Am 31. März 1959 waren im Stadtgebiet insgesamt 94 Standlichtanlagen (Verkehrssignalanlagen) sowie 554 transparente Straßenverkehrszeichen angebracht — einschl. 19 Blinkkugeln für Fußgängerüberwege —. Die Zahl der Leuchtsäulen und Bodenleuchten zur Sicherung von Verkehrsinseln betrug zu diesem Zeitpunkt 65. Rund 700 Parkuhren waren bis Ende des Berichtsjahres in der Stadt an den vom Verkehrsausschuß bestimmten Straßen und Plätzen aufgestellt. Die Einnahmen aus den Parkuhren betrugen rd. 132 000 DM (Rechnungsjahr 1957 rd. 100 000 DM).

Aus dem Gebiet des Brückenbaues ist folgendes zu berichten:

Die im Winter 1957/58 unterbrochenen Entrostungs- und Anstricharbeiten an der Nordbrücke wurden im Frühjahr 1958 wieder aufgenommen und im Berichtsjahr zu Ende geführt.

Innerhalb des Bauabschnittes „Zufahrten zur Nordbrücke“ wurden die Bauwerke „Hochstraße Prinzenallee“, bestehend aus „Überbau A“ mit ca. 300 m Länge und „Überbau B“ mit ca. 350 m Länge, fertiggestellt (Bauwerksbreite 10,40 m, Fahrbahnbreite 8,50 m).

Auch die Bauarbeiten an der Straßenbrücke „Heerdter Lohweg“ konnten abgeschlossen werden.

Mit den Arbeiten am Bauwerk Benediktusstraße wurde begonnen. Bis Ende des Berichtsjahres waren ca. 300 lfd. m Brücke mit einfacher Fahrbahnbreite (8,50 m) fertig.

Ein weiteres Bauwerk im Straßensystem der Nordbrücke, die Fußgängerbrücke an der Saarwerdenstraße, wurde in Angriff genommen.

Für die im Berichtsjahr ausgeführten Brückenbauarbeiten im Rahmen der linksrheinischen Zufahrt zur Nordbrücke betrugen die Aufwendungen rd. 5,5 Mill. DM.

Die Unterhaltungsarbeiten an den bestehenden Rheinbrücken und sonstigen Brücken im Stadtgebiet erforderten Ausgaben von rd. 100 000 DM.

Außer den genannten Bauleitungs- und Überwachungsaufgaben wurde die Projektierung der Bauwerke Pariser Straße, Bundesbahn Heerdtd, der Rheinuferstraße und mehrerer anderer Bauvorhaben, u. a. Brücke Werstener Feld, Cranachstraße, Danziger Straße, Am Hain, Corneliusstraße, Fußgängertunnel Worringer Platz und Opernhaus betrieben.

Trümmerbeseitigung war nur noch im Rahmen der Maßnahmen zur Neuordnung der Stadt erforderlich. Weitere Teile der Wieland-, Kölner-, Karl-, Kloster-, Kurfürsten-, Immermann-, Cornelius-, Goltstein-, Münster-, Fischer-, Vulkan-, Deich-, Hubertus-, Kavallerie- und Hansböckler-Straße wurden von Trümmern freigelegt.

Im Berichtsjahr beendet wurde die restliche Trümmerräumung in folgenden Straßen: Adler-, Bismarck-, Charlottenstraße, Freifläche an der Vagedesstraße und Heinrich-Ehrhardt-Straße.

Insgesamt wurden 102 Gebäude und 176 Gebäudeteile niedergedrissen, 453 Gefahrenstellen beseitigt und 312 865 cbm Schutt (im Auftrage der Stadtverwaltung) abgefahren. Durchschnittlich waren 81 Arbeitskräfte und 5 Bagger für die Trümmerarbeiten eingesetzt. Die Kosten für die sog. Handräumung beliefen sich auf 9,65 DM je cbm, für die Räumung mit Bagger auf 4,46 DM.

Die Verwertung des Trümmerschutts erfolgte in den Aufbereitungsanlagen Ulenbergstraße und Kölner Landstraße. Den Ausgaben von 2 523 000 DM standen Landeszuschüsse in fast gleicher Höhe gegenüber (2,5 Mill. DM). Die Einnahmen aus Altbaustoffverkäufen bezifferten sich auf 45 563 DM.

Über die Trümmerbeseitigung und -verwertung von Mai 1945 bis 31. März 1959 gibt die nachstehende Übersicht Aufschluß:

Endgültig beseitigte Trümmermenge	
a) im Auftrage der Stadtverwaltung . . .	6 595 183 cbm
b) Räumung durch Private	<u>2 200 000 cbm</u>
Zus.	8 795 183 cbm

Altbaustoffgewinnung		
Ziegelsteine	24 234 980	St.
Nutzeisen	2 267,3	t
Eisenschrott	10 412,1	t
Aufbereitetes Trümmergut		
Ziegelsplitt und Ziegelmehl	1 089 717	cbm
Hergestellte Mauersteine (Reichsformat)	357 978 834	St.

Amt 67 — Kanal- und Wasserbauamt

Das Amt sah sich auch im Berichtsjahr wieder vor große Planungs- und Bauaufgaben gestellt. Die wichtigsten waren

- Planung der Kanalisation in den Außengebieten zur Aufschließung weiterer Flächen, die als Wohngebiete vorgesehen sind
- Entwurfsbearbeitung für die Umgestaltung der Kanalisation im Rahmen der Verkehrsneuplanung der Innenstadt
- Entwurfsbearbeitung für die Wohnstadt „Düsseldorf-Süd“
- Planung für die Entwässerung des Gebiets Düsseldorf/Holthausen/Himmelgeist/Hamm
- Planung für Neubau, Erweiterung und maschinelle Ausrüstung der Pumpstationen Niederheider Straße, Reisholzer Werftstraße und der Pumpstation Itter (für die „Henkel-Siedlung“ in Holthausen)
- kanalisationstechnische Bearbeitung von Teilbebauungsplänen auf Veranlassung des Planungsamtes
- Planung für die Abwässerbeseitigung der Volkserholungsstätte „Unterbacher See“ und des Strandbades Lörick
- Ausführungsplanung für die Erweiterung der Kläranlage Lörick (insbesondere der Absetzanlage, des Schlammumpfenhauses und der Neutralisationsanlage)
- Bauausführung und Absetzanlage und des Schlammumpfenhauses
- Ausführungsplanung für die klärtechnischen Bauten der Kläranlage Düsseldorf-Nord in Ilverich (einschl. der maschinellen Ausrüstung und Krafthaus)
- Aufstellung des Kostenvoranschlages für das gesamte Projekt Kläranlage Düsseldorf-Nord
- Ausführungsplanung für den Abwässerdüker (Abwässerleitung nach Ilverich) unter dem Rhein
- Geohydrologische Untersuchungen für die Bemessung der Grundwasserabsenkungsanlage für die Bauausführung der Kläranlage Düsseldorf-Nord

Auf Grund einer Verfügung des Oberstadtdirektors vom 25. März 1958 wurde innerhalb der Neubauabteilung ein neues Sachgebiet für Sonderbauten und Kläranlagen gebildet, von dem die nachstehenden Arbeiten bzw. Baumaßnahmen durchgeführt wurden.

1. Legen eines Abwässerdükers für die Kläranlage Düsseldorf-Nord
 - Auf dem linken und auf dem rechten Rheinufer wurden Baustellen erschlossen und eingerichtet. Für die auf der rechten Rheinseite gelegenen Baustellen wurden Strom- und Wasserversorgungsleitungen gelegt und ein Baubüro eingerichtet.
 - Auf dem linken Rheinufer (bei Buderich) wurde die Baustelle für den Tunnelvortrieb eingerichtet.
 - Eine befestigte Zufahrtstraße von 1,7 km Länge für schwere Lasten wurde gebaut und ein Baubüro erstellt.

Nachdem auf der rechten Rheinseite das Einlaufbauwerk zum Abwässerdüker erstellt war, konnte anschließend auf dem linken Rheinufer das Unterhaupt des Dükers abgesenkt werden. Bis zum Ende des Berichtsjahres wurde der Tunnelbau in einer Länge von rd. 200 m vorgetrieben. (Vor Beginn der Arbeiten am Tunnel war die Flußsohle über der Tunnelstrecke durch eine Basaltsteinschüttung gesichert worden.)

Die gesamten Bauarbeiten erfolgten in Arbeitsgemeinschaft der Firmen Hochtief AG, MacLean, Grove & Company und Dyckerhoff & Widmann KG.

Die Bausumme im Berichtsjahr betrug rd. 7,3 Mill. DM.

2. Errichtung eines Zentralbetriebshofes

Auf Empfehlung des Bauausschusses hatte der Rat der Stadt am 1. Oktober 1957 beschlossen, die Betriebshöfe des Kanal- und Wasserbauamtes, des Straßen- und Brückenbauamtes sowie des Hochbauamtes zu einer Einheitsanlage (Zentralbetriebshof) in der Ronsdorfer Straße zusammenzulegen. Im 1. Bauabschnitt erfolgte die Räumung des Geländes von Kleingärten und die Erstellung des Baustofflagers des Kanal- und Wasserbauamtes mit befestigten und kanalisierten Lagerplätzen und einem Gleisanschluß. Der 1. Bauabschnitt, für den Mittel in Höhe von 650 000 DM bewilligt waren, war am Ende der Berichtszeit abgeschlossen.

3. Umstellung der Zierbrunnenanlagen auf Eigenwasserbetrieb

Im Berichtsjahr wurde die Umstellung auf Eigenwasserbetrieb projektiert, wobei die Kosten mit rd. 180 000 DM veranschlagt sind. Die Umstellung wurde im Hinblick auf die erheblichen Kosten für den Betrieb der Zierbrunnenanlagen mit Leitungswasser und den Wassermangel im Sommer geplant.

4. Mitwirkung bei schwierigen Gründungen, Grundwasserabdichtung und Grundwasserabsenkung bei Durchführung von Bauvorhaben der Stadt

Die städtischen Großbauten wurden, sofern erforderlich, in dieser Hinsicht betreut.

In beträchtlich größerem Umfang als im vorangegangenen Rechnungsjahr erfolgte der Bau von Straßenkanälen. Die Baukosten betragen rd. 7,4 Mill. DM gegenüber 4,2 Mill. DM im vorangegangenen Jahr. Folgende größere, zusammenhängende Gebiete wurden durch Straßenkanäle aufgeschlossen:

- Münchener Straße/Am Schönenkamp
- Lohausen (westlich und östlich der Niederrheinstraße)
- Siedlung Pahlshof
- die neue Siedlung im Raum Eller Schloßallee/Vennhauser Allee
- Henkelsiedlung bei Haus Elbruch
- linksrheinisch gelegene Abfahrten der Nordbrücke

Im einzelnen wurden folgende Bauarbeiten ausgeführt:

Verlegen von Rohrkanälen	Kanallänge m	Kosten DM
im Gebiet		
Stadtmitte, in 5 Straßen	467	94 000
Golzheim, Stockum, Lohausen, Kaiserswerth, in 13 Straßen	1 937	243 500
Unterrath, Rath, Lichtenbroich, in 16 Straßen	3 787	710 000
Eller, Vennhausen, Lierenfeld, Wersten, in 18 Straßen	5 261	552 000
Gerresheim, Ludenberg, Grafenberg, Mörsenbroich, in 16 Straßen	3 899	970 000
Benrath, Urdenbach, Holthausen, Reisholz, in 8 Straßen	1 819	197 600
Bilk, Oberbilk, in 13 Straßen	1 507	286 600
Flingern, Derendorf, Zoo, in 3 Straßen	336	35 500
Oberkassel, Lörick, Heerd, in 11 Straßen	4 298	467 000
	<hr/>	<hr/>
	23 311	3 556 200

Bau von Mauerkanälen in folgenden Straßen	Kanallänge m	Kosten DM
An der Piwipp	330	200 000
Buchenstraße	300	320 000
Buchenstraße/Kappeler Straße	400	380 000
Paul-Thomas-Straße	262	270 000
Henkelstraße/Altenbrückstraße	430	374 000
Münchener Straße	1 030	520 000
Münchener Straße (Pumpwerk)	115	100 000
Heesenstraße	350	300 000
Urdenbacher Allee	400	225 000
Ulrichring	325	300 000
Im Grund	300	225 000
Lichtenbroicher Weg	560	400 000
	4 802	3 614 000

Arbeiten an Straßenabläufen 252 Baustellen, 98 400 DM Kosten
 Arbeiten an Schadensstellen 6 Baustellen, 51 400 DM Kosten
 sonstige Arbeiten, und zwar auf der Benzenbergstraße
 und in den Städt. Krankenanstalten 2 Baustellen, 117 000 DM Kosten

Die Gesamtfläche des entwässerten Gebiets am 31. März 1959 betrug 6 059,86 ha. Von 42 493 bebauten Grundstücken waren am Ende des Berichtsjahres 31 400 an das Kanalnetz angeschlossen. Die Zahl der damit an das Entwässerungsnetz angeschlossenen Einwohner Düsseldorfs belief sich zu diesem Zeitpunkt auf rd. 587 000. (Daneben waren rd. 61 000 Einwohner der Stadt Neuß an das Düsseldorfer Kanalnetz angeschlossen.)

Die Gesamtkanallänge betrug 793,88 km, davon waren 536,28 km Mischwasserkanäle, 127,70 km Schmutzwasserkanäle und 129,90 km Regenwasserkanäle.

Über die Reinigung des Kanalnetzes sowie der Bachläufe im Stadtgebiet gibt die nachstehende Übersicht Aufschluß:

Es wurden gereinigt:	Vergleichszahl des Rechnungsjahres 1957
640 km Kanalstrecken	(592 km)
80 km Bachläufe	(80 km)
67 250 Stück Straßenabläufe	(71 400 Stück)
450 Stück Straßensickersenken	(340 Stück)
895 Stück Schienen- und Weichenentwässerungsanlagen	(1 630 Stück)
23 780 Stück Benzinabscheider	(26 700 Stück)

Für die Reinigung des Kanalnetzes, für die Schlamm- und Fäkalientransporte sowie für Instandsetzungen, Entgasung von Kanälen und Reinigung von Benzinabscheidern waren 45 Fahrzeuge eingesetzt.

Die von der rechtsrheinisch gelegenen Reinigungsanlage Golzheim festgehaltenen und von dort weggeführten Mengen an Rechengut beliefen sich auf 4 210 m³, darunter waren 842 m³ Grobrechengut. Die Reinigungsanlage Golzheim (ein Gebiet von 4 572,68 ha ist daran angeschlossen) war wegen Hochwassers vom 9. bis 13. und vom 24. bis 30. Januar 1959 außer Betrieb.

Vom Betrieb der linksrheinisch gelegenen Kläranlage Lörick (ein Gebiet von 558,40 ha ist daran angeschlossen) ist zu berichten, daß im Rechnungsjahr 1958 rd. 14 Mill. m³ Abwässer behandelt wurden; von dieser Abwässermenge blieben 40 000 m³ Schlamm zurück.

Angaben über die Tätigkeit auf dem Gebiet der Grundstücksentwässerung im Berichtsjahr sind aus der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

Zahl der		Vergleichszahl des Rechnungsjahres 1957
bearbeiteten Baugesuche	2 591	(2 430)
bearbeiteten Entwässerungsprojekte	1 441	(1 766)
vorgenommenen Neuanschlüsse an das Kanalnetz (einschließlich Veränderungen)	1 687	(1 590)
im Kriege zerstörten Anschlüsse, die wiederhergestellt wurden . .	18	(30)
vorgenommenen Neuanschlüsse von Gleis-, Weichen- und Straßen- abläufen (einschließlich Veränderungen)	1 123	(1 265)
Neubau von Sickerschächten zur Straßenentwässerung im nicht kanalisierten Stadtgebiet	104	(53)
Neubau der zugehörigen Schlammfänge	104	(53)
Überprüfte Kleinkläranlagen auf Privatgrundstücken	961	(1 160)

Die bei den Anschlußarbeiten gebaute Kanalstrecke betrug insgesamt 23 km. Die Kosten für die Anschlußarbeiten beliefen sich auf rd. 1,7 Mill. DM.

Am 1. April 1958 trat die am 13. November 1957 vom Rat der Stadt beschlossene neue Ortssatzung für die Erhebung von Gebühren für Grundstücksentwässerung in Kraft. Es trat insofern eine Erhöhung ein, als zusätzlich eine gestaffelte Gebühr für die Grundstücke eingeführt wurde, die einen Wasserverbrauch von mehr als 2 400 m³ jährlich haben. Die Gebührensätze im einzelnen sind im Bericht des Stadtsteueramtes zu finden.

An den Deichen und Hochwasserschutzanlagen im Stadtgebiet, die eine Länge von 63,7 km haben, wurden neben der laufenden Unterhaltung (3 500 m² Pflaster- und sonstige Deichkronenarbeiten) rd. 23 km Deiche ausgebessert. Mit besonderem Nachdruck erfolgte die Instandsetzung des Drabdeiches (Deich zwischen Hamm und Volmerswerth) und des Lohausener Deiches.

Baggerungen größeren Umfanges in den Häfen wurden nicht durchgeführt. Die Kosten für die durchgeführten unumgänglichen Arbeiten betrugen rd. 55 000 DM.

Die Wasserbauabteilung führte als Deichaufsichtsbehörde die technische Aufsicht über die Arbeiten der Deichverbände „Itter-Himmelgeist“, „Düsseldorf-Hamm-Volmerswerth“ und „Neue Deichschau Heerd“¹, die zusammen 34,3 km Deichstrecke zu betreuen haben.

Die 3 Jahre andauernden Arbeiten zur Sicherung der Strom-Ufermauer Untere Werft wurden im Berichtsjahr abgeschlossen. — Umfangreich waren die Arbeiten zum Aufhöhen des Lauswardgeländes für die Stadtwerke. Die Kosten hierfür beliefen sich auf $\frac{3}{4}$ Mill. DM.

Die Unterhaltungsarbeiten an den Bachläufen sowie der Bau der Kittelbachbrücke Kiesheckerweg, der Brücke Mathildenstraße sowie Regulierungsarbeiten an der Annastraße und Konkordiastraße, ferner die Düsselregulierungsarbeiten in Gerresheim verursachten Kosten in Höhe von rd. 600 000 DM.

Für die Volkserholungsstätte „Unterbacher See“ erfolgten Grundstücksankäufe.

Die Inanspruchnahme der Städt. Baustoffprüfungsanstalt nahm weiter zu. 1 657 Aufträge wurden erledigt. Diese waren zu 3 vH von Dienststellen der Stadt, 72,7 vH von anderen Stellen im Stadtgebiet und 23,3 vH von Stellen außerhalb Düsseldorfs erteilt.

Größere Forschungsaufträge mußten auch im Berichtsjahr wieder abgelehnt werden, da der Mangel an Personal die Annahme von solchen Aufträgen nicht zuließ. Mit den Düsseldorfer Firmen, die sich mit der Herstellung von Fertigmischbeton befassen, wurden Überwachungsverträge abgeschlossen. Diese Verträge kamen in Zusammenarbeit mit dem Bauaufsichtsamt zustande.

Von den chemisch-biologischen Laboratorien wurden 7 367 Untersuchungen (mit 45 266 Einzelbestimmungen) durchgeführt; darunter waren 124 kostenpflichtig. Neben diesen Untersuchungen, welche laufend zur Überprüfung der Abwässer von Haushaltungen und Gewerbebetrieben erforderlich sind, und den Untersuchungen, die die Betriebskontrolle der Kläranlage Lörick umfassen, waren auch andere zahlreiche Untersuchungen, vor allem von Grundwässern im nordrhein-westfälischen Raum für das Wasserwirtschaftsamt I durchzuführen. Chemisch-biologisch wurden ferner zahlreiche Proben untersucht, die aus dem Strandbad Lörick, dem „Unterbacher See“, dem Rhein sowie dem Einzugsgebiet von Ilverich entnommen wurden. Eine Woche lang wurden Tag und Nacht Proben von Abwässern aus Düsseldorf-Kaiserswerth, Düsseldorf-Lörick sowie aus Neuß (von dem ein Teil an die Düsseldorfer Kanalisation angeschlossen ist) entnommen und eingehend untersucht. Die ungenügende Schlammfäulung der Kläranlage Lörick gab Veranlassung, den Schlamm eingehend auf Spurenelemente zu untersuchen. Mit diesen Untersuchungen wurde im Berichtsjahr begonnen. Sie erstreckten sich auf die Feststellung von Spurenelementen und des Ölgehaltes des Rheinwassers sowie des Rheinschlammes.

Amt 68 — Garten-, Friedhofs- und Forstamt

Gartenamt

Entwurf und Neubau von Anlagen

Wegen des Mangels an Spielplätzen in noch vielen Wohnbezirken bemühte sich das Amt wieder mit großem Nachdruck, Spielmöglichkeiten für Kinder zu schaffen. In dicht besiedelten bzw. stark bebauten Wohnvierteln, wo sich keine anderen Möglichkeiten boten, wurden auch kleinere Flächen genutzt; sie wurden zu Spielplätzen mit besonders reicher Ausstattung an Spielgeräten hergerichtet. Die im Stadtwald geschaffenen Plätze wurden als freie Tummelplätze gestaltet und deshalb nur knapp mit Spielgeräten ausgestattet. Das Programm, Wasserspielplätze in weiteren Stadtbezirken anzulegen, wurde fortgeführt, nachdem sich die starke Anziehungskraft solcher Plätze auf Kinder erwiesen hat.

Bei den in der Berichtszeit für die Allgemeinheit neu geschaffenen Grünanlagen handelte es sich in der Hauptsache um kleinere Flächen. Von diesen soll hier der von der Bevölkerung „Lierenfelder Hofgarten“ genannte Erholungsplatz an der Michaeliskirche (zwischen Posener und Schlesische Straße) hervorgehoben werden, auf dem zahlreiche Bänke mit Blickrichtung auf die Blumenanpflanzungen aufgestellt sind. Die Anlage wurde besonders von den älteren, erholungsuchenden Leuten dankbar begrüßt.

Die Verbindungsfläche von der Kaiserswerther Straße zum Mahmal für die Opfer des „Dritten Reiches“ wurde als Grünanlage fertiggestellt (Teilgebiet der ehemaligen Golzheimer Heide).

Der Nordpark wurde gärtnerisch vollkommen neu gestaltet, nachdem für weitere Teile die Freigabe durch die Stationierungstreitkräfte erfolgt war. Hier entstand ein moderner, großzügig angelegter Park mit vielen kleinen, in sich geschlossenen Gartenstücken, in denen in reicher Anzahl Gartensessel, Tische und — auf der Liegewiese neben dem Spielplatz für Kleinkinder — auch Liegestühle Aufstellung fanden, die zur geruhsamen Erholung einladen.

Der am Eingang Rotterdamer Straße gelegene Sondergarten mit den Schattengerüsten aus Bambus und den vielfältigen bunten Pflanzungen und Zierbrunnen sowie der angrenzende neue Kakteengarten wurden Anziehungspunkte für viele Erholungsuchende, die von den gärtnerischen Anlagen und den gebotenen Möglichkeiten zum Ausruhen und Schauen begeistert waren.

Da viele Kleingärten auf Flächen, die zur Bebauung vorgesehen sind, geräumt werden mußten, wurden Maßnahmen zur Landbeschaffung ergriffen, um die Schaffung von Kleingärten an anderen Stellen zu ermöglichen. Als Ersatz für abgegebene Kleingärten wurde in Eller eine 247 Gärten umfassende Dauerkolonie geschaffen, durch die ein öffentlicher Grünweg führt. Auf diesem Gelände sollen 2 Spielplätze und — für die 4 Kleingartenvereine dort — ein Gemeinschaftsgebäude errichtet werden.

Die alte Kleingartendauerkolonie an der Weißdornstraße wurde erweitert.

Die gärtnerischen Außenanlagen an Schulneubauten erforderten wieder einen erheblichen Arbeitseinsatz. Von den in der Berichtszeit geschaffenen Anlagen ragen besonders die der Cecilien-Schule in Oberkassel und der Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule in Benrath durch Großzügigkeit heraus.

Beim Anlegen der Flächen für das Rethel-Gymnasium (Schule für Jungen an der Graf-Recke-Straße) wurde dem Wunsch nach viel freiem Platz für die Sportausübung besonders Rechnung getragen.

In der Mädchenrealschule an der Klosterstraße entstand eine der innerstädtischen Lage gemäße Anlage besonderer Art.

Zahlreiche Schulhöfe von der alten Art wurden erneuert und verändert, um sie durch kleine gärtnerische Anlagen zu freundlichen Pausenhöfen und Spielplätzen zu machen.

Im einzelnen wurden folgende Anlagen neu geschaffen bzw. neu gestaltet oder grundlegend erneuert:

die Kinderspielplätze

- Frankenplatz (für Klein- und Schulkinder)
- Sittarder Straße (für Kleinkinder)
- Platz in der Wimmergasse (für Kleinkinder)
- Rochusmarkt (für Klein- und Schulkinder)
- Langerstraße (für Klein- und Schulkinder)
- Ohligser Platz (für Klein- und Schulkinder)
- Erfstraße (für Klein- und Schulkinder)
- Alter Eller Friedhof (für Klein- und Schulkinder)
- Kamper Acker (für Klein- und Schulkinder)
- Scheffelstraße (für Klein- und Schulkinder)
- Bunzlauer Weg (für Klein- und Schulkinder)
- Räuscherweg (für Klein- und Schulkinder)

die Waldspielplätze

- Müllers Wiese in Rath (weiterer Ausbau)
- 2 Spiel- und Liegewiesen im Forstrevier Hassels
- 1 Spiel- und Liegewiese im Forstrevier Eichenhorst

die Wasserspielplätze

- Frankenplatz (für Klein- und Schulkinder)
- Auf der Hardt (für Schulkinder)
- Alter Bilker Friedhof (für Klein- und Schulkinder)
- (auf dem Alten Bilker Friedhof wurde im Zuge des weiteren Ausbaus ein Gebäude mit Wärterraum, Toiletten und Unterstellhalle errichtet)

als besonderer Spielplatz

- Kamper Acker (Holthausen) eine Rollschuhbahn

die allgemeinen Grünanlagen

Nordpark (Umgestaltungs- und Erneuerungsarbeiten)
Mahnmalachse 2. Teil (Strecke zwischen Kaiserswerther Straße und Mahnmal)
Park Elbroich (Pflanzarbeiten)
Alter Gerresheimer Friedhof (Durchbruch zur Straße Unter den Eichen)
Grünflächen an der Michaeliskirche in Lierenfeld
Benzplatz
Drakeplatz
Bunzlauer Weg
Mörikestraße (Grünweg)
Feuerwache Quirinstraße
Börsenplatz

die neuen Dauerkleingartenanlagen

an der Vennhauser Allee
an der Weißdornstraße

die gärtnerischen Anlagen bei Schulgebäuden

Cecilienschule, Lewitstraße
Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule, Brucknerstraße
Rethel-Gymnasium, Graf-Recke-Straße
Realschule Klosterstraße
Metallgewerbliche Berufsschule I, Auf'm Hennekamp
Volksschule Gotenstraße
Volksschule Am Hackenbruch

(Eine Erneuerung der Schulhofanlagen erfolgte bei nachstehenden Schulen:
Schule Clarenbachstraße, Schule Citadellstraße, Schule Rather Kreuzweg, Schule
Jäger-/Richardstraße, Schule Heerstraße, Schule Benderstraße, Schule Ritter-
straße, Schule Im Grund, Schule Erich-Müller-Straße, Schule Golzheimer Straße)

die Anlagen bei Stadtwohnheimen

Erich-Müller-Straße, Schwabstraße, Schmiedestraße (Herstellung der Grün-
anlagen mit Spielplätzen)
Sulzbachstraße (Herstellung eines Spielplatzes)

Grünflächen an Verkehrswegen

Nordbrücke (hier wurden beiderseits der Zu- und Abfahrten Grünflächen
angelegt und Bäume gepflanzt)

Unterhaltung von Anlagen

Die Unterhaltungsarbeiten wurden durch den Mangel an geeignetem Personal erschwert, der auch durch den Einsatz von Maschinen nicht ganz kompensiert werden konnte. Mähmaschinen verschiedener Art und Größe (unter Beachtung eines systematischen Aufbaus der Maschinensätze) für die unterschiedlichen Anlagen wurden angeschafft und Lastkraftwagen verstärkt in Dienst gestellt. Die getroffenen Maßnahmen führten zu dem gewünschten Erfolg. Die Pflege der vielen Spielplätze und Gartenanlagen ohne die kleinen Lastkraftwagen — zur Beförderung von Arbeitskräften und Geräten — wäre sonst nicht mehr möglich gewesen.

Die Stadtgärtnerei sorgte für die Anzucht der vielen Pflanzen, die in den öffentlichen Gartenanlagen von Frühjahr bis zum Herbst benötigt werden. Die wechselnde Anordnung und Bepflanzung der Schmuckbeete fand allgemein Beifall.

Erneuerungen in größerem Umfang erfolgten innerhalb der Unterhaltungsarbeiten
im Benrather Schloßpark (Freilegung des Trompetenweiher, Instandsetzung des „Rhein-
kopfes“ — Südwestzipfel des Schloßparks an der Benrather Rheinterrasse —, Instand-
setzung der Sitzbänke am „Stern“)
an der Rheinpromenade Rotterdamer Straße (Umbau des Reitwegs zu einem Grünstreifen).

Im Rahmen des allgemeinen Straßenausbaus erfolgten viele Anpflanzungen und Rasensaat.

Für das Gartenrevier Süd wurde auf dem alten Bilker Friedhof, Volmerswerther Straße, ein
neuer Betriebshof nach den Plänen des Hochbauamtes errichtet.

Im Rechnungsjahr 1958 wurde erstmalig die Pflege auch derjenigen Grünflächen übernommen,
für deren Unterhaltung bis dahin andere Ämter der Stadt zuständig gewesen waren (Amt 10, 23,
40, 50, 51 und 66).

Die Mittel hierfür sind im Haushaltsplan des Gartenamtes eingesetzt.

Friedhofsamt

Entwurf, Neubau und Umgestaltung

Die Hauptsorge bestand wiederum darin, den Erwerb von Gelände zur Friedhofserweiterung
rechtzeitig zu bewerkstelligen, da die wachsende Zahl der Bestattungen — eine Folge der starken
Bevölkerungszunahme — eine beträchtliche Vergrößerung der Friedhofsfläche notwendig macht.

Innerhalb der bestehenden Friedhöfe waren aufgehobene Felder umzubauen. Auf ungenutztem
Gelände — soweit vorhanden — wurden neue Felder eingerichtet.

Die in Düsseldorf seit einigen Jahren bestehenden sogenannten Sonderfelder (Felder mit Grab-
steinen neuerer Art) wurden von der Bevölkerung weiter stark in Anspruch genommen. Die dort
aufgestellten Steine ließen erkennen, daß die grundlegende Umstellung der Steinmetzen bzw. die
Reform der handwerklichen Steinmetzarbeit in vollem Gange ist.

Über die Arbeiten auf den einzelnen Friedhöfen werden nachstehend Angaben gemacht:

Nordfriedhof

Neubau

Gelände an der Ulmenstraße (18 500 qm):

Felder 133—137 für 1 811 Reihengräber

Feld 132 für 227 Grabstellen II. Größe

Umgestaltung

Die Erwachsenen-Reihenfelder 106, 108, 109 von zus. 9 400 qm wurden zu einem Wahlgrab-
feld II. Größe mit 925 Grabstellen umgestaltet.

Südfriedhof

Umgestaltung

Das Erwachsenen-Reihenfeld 8d von 1 500 qm Größe wurde umgestaltet (zur Wieder-
benutzung als Reihenfeld für Erwachsene mit 465 Grabstellen).

Stoffeler Friedhof

Neubau

Gelände am Stoffeler Kapellenweg (2 400 qm):

Feld 35 für 594 Kinderreihengräber

Gelände am Bittweg (22 900 qm):
Sonderfeld 51 für 425 Grabstellen II. Größe
Sonderfeld 52 für 899 Erwachsenen-Reihengräber
Sonderfeld 53 für 228 Grabstellen II. Größe und
466 Erwachsenen-Reihengräber

Gelände an der Redinghovenstraße (3 560 qm):
Feld 54 für 487 Erwachsenen-Reihengräber

Friedhof Gerresheim

Neubau

Gelände auf der Bergkuppe (9 500 qm):
Sonderfelder 89—94 für 750 Erwachsenen-Reihengräber
Feld 88 für 337 Grabstellen II. Größe

Eller Friedhof

Neubau

Gelände westl. dem alten Friedhofsteil gegenüber (15 000 qm):

Felder 21—31 für 1 255 Erwachsenen-Reihengräber

Felder 21—33 für 258 Grabstellen II. Größe

Felder 32—33 für 45 Grabstellen I. Größe

Umgestaltung

Erwachsenen-Reihenfeld 2 (465 qm) wurde eingeebnet und mit Rasen eingesät
Kinderreihenfeld C (125 qm) wurde ein Wahlgrabfeld II. Größe mit 30 Grabstellen

Heerdter Friedhof

Neubau

Auf dem Heerdter Friedhof wurde nach den Plänen des Hochbauamtes 1 Leichenhalle mit
11 Doppelzellen, 1 Raum für Geistliche, 1 Raum für Leidtragende, Wärterraum und öffent-
licher Bedürfnisanstalt errichtet.

Gelände an der Wöhler- und Bayerstraße (7 000 qm):

Felder 133 und 136 für 571 Erwachsenen-Reihengräber

Felder 35, 36, 37 für 358 Grabstellen II. Größe

Umgestaltung

Kinderreihenfeld X (150 qm) wurde für die gleiche Verwendung hergerichtet (100 Grab-
stellen)

Erwachsenen-Reihenfeld 12 (350 qm) wurde Sonderfeld II. Größe mit 78 Grabstellen

Friedhof Unterrath

Neubau

Ehemaliges Klostergelände (2 450 qm):

Felder 31 und 34 für 240 Grabstellen II. Größe

Feld 35 für 154 Erwachsenen-Reihengräber

Umgestaltung

Erwachsenen-Reihenfeld T (450 qm) wurde Wahlgrabfeld I. Größe für 80 Grabstellen

Friedhof Hassels

Neubau

Gelände an der Buscherhofstraße (950 qm):
Feld 24 für 70 Grabstellen II. Größe

Itter Friedhof

Umgestaltung

Erwachsenen-Reihenfeld F (600 qm) wurde Wahlgrabfeld II. Größe für 40 Grabstellen.

Auf dem neuen Gelände des Eller Friedhofs (das westlich Werstener Feld gelegen ist) und im neuen Teil des Heerdter Friedhofs (jenseits der Eisenbahnstrecke) erfolgten im Berichtsjahr schon zahlreiche Beerdigungen.

Die Friedhofserweiterung auf der Gerresheimer Höhe wurde von der Bevölkerung des Stadtteils Gerresheim wegen der schönen Naturlage des Geländes sehr begrüßt, obwohl ein etwas mühseliger Aufstieg zur Höhe in Kauf genommen werden muß.

Die umfangreichen öffentlichen Pflanzungen innerhalb der Friedhöfe wurden, wie in allen Jahren, in Teilgebieten grundlegend erneuert.

Auf dem Nordfriedhof konnte als erster Abschnitt ein Teil des großen Umgangweges mit einer festen Straßendecke versehen werden.

Der Mangel an Arbeitskräften zwang zu weiterem Maschineneinsatz. Hierbei mußte aber behutsam vorgegangen werden, um die Friedhofsruhe nicht über Gebühr zu stören.

Die Erneuerung der Kapellen auf den Friedhöfen mit den zugehörigen Räumen wurde fortgesetzt, um den gestiegenen Anforderungen an die Einrichtungen gerecht zu werden.

Das Verwaltungsgebäude auf dem Nordfriedhof wurde wegen der Zunahme des Publikumsverkehrs vollkommen umgestaltet.

Beisetzungen und Grabunterhaltung (vom 1. April 1958 bis 31. März 1959)

	Beisetzungen*)	Grabunterhaltung (Gräber)
Nordfriedhof	2 473	5 080
Südfriedhof	1 395	4 770
Stoffeler Friedhof	1 386	1 599
Gerresheimer Friedhof	600	1 906
Eller Friedhof	652	1 300
Heerdter Friedhof	474	608
Friedhof Unterrath	462	2 100
Itter Friedhof	124	24
Friedhof Hassels	268	2
	<hr/>	<hr/>
	7 834	17 389

*) einschl. Umbettungen.

Die Zahl der Verbrennungen in der Anlage auf dem Stoffeler Friedhof belief sich im Berichtsjahr auf 705.

Stadtgärtnerei, Werkstätten und Betriebshof

Die Arbeit dieser Stellen vollzog sich unter besonders schwierigen Umständen, da der Betrieb nach Aufgabe der völlig unzureichenden Anlage in der Fischerstraße längere Zeit eine getrennte Unterbringung der verschiedenen Arbeitsgruppen notwendig machte.

Auf dem 45 Morgen großen Gelände der seit 1955/56 im Aufbau befindlichen Stadtgärtnerei, Stockumer Höfe, konnten im Berichtsjahr das Kesselhaus, ferner die Gewächshäuser (3 500 qm Fläche) und die Mistbeetkästen (5 000 qm Fläche) sowie das Belegschaftshaus fertiggestellt werden. Damit war die Stadtgärtnerei in der Lage, ihren Betrieb an der neuen Stelle weitgehend aufzunehmen und schon einen Teil der Pflanzen zu liefern, die für die Anlagen mit Blumenschmuck benötigt wurden.

Am Ende der Berichtszeit waren die Vorarbeiten für die Errichtung eines Baues für die Schreinerei (neben Kesselhaus) sowie eines Gebäudes für die anderen Werkstätten (Anstreicherei, Schmiede, Schlosserei) soweit gediehen, daß die Durchführung der Bauvorhaben für 1959 vorgesehen werden konnte. Der Erstellung dieser 2 Gebäude sollen 1 Garagengebäude und 1 Magazin-gebäude folgen.

Bis zur Errichtung des geplanten Verwaltungsgebäudes findet ein dem Kesselhaus gegenüberliegendes Stahlhaus als Dienststelle vorläufige Verwendung.

Das Gesamtprojekt (Kosten rd. 4 Mill. DM) dient der Rationalisierung und Zentralisierung des Gärtnereibetriebs der Stadt. Von dort aus werden die Pflanzen geliefert, Wagen gestellt und in den Werkstätten werden beschädigte Bänke, Spielgeräte und Zäune repariert. (Es ist beabsichtigt, noch im Jahre 1959 alle Außenstellen — Friedhofsgärtnereien — stillzulegen und diese Stellen zentral zu versorgen.)

Forsten

Die großen, durch den Krieg verursachten Lücken in den Baumbeständen waren in der Berichtszeit im wesentlichen geschlossen. Überall in den Revieren wuchsen neue Bestände heran. Die Oberförsterei widmete ihre besondere Aufmerksamkeit der mit viel Arbeit verbundenen Pflege der Jungwüchse. Der Holzeinschlag erfolgte im erforderlichen Umfang, und zwar durch Privatfirmen. Der Stadtwald wurde, seiner Bestimmung gemäß, nicht so sehr nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sondern als „Erholungswald“ gepflegt.

Nachstehend einige Angaben über die wichtigsten Arbeiten in der Berichtszeit:

Forsteinrichtungswerk

Der letzte Abschnitt der Forsteinrichtung, und zwar die Boden- und Vegetationskartierung des Stadtwaldes, wurde abgeschlossen.

Kulturarbeiten

Nachbesserungen und Ergänzungen (3,53 ha), Neubegründungen und Unterbau (9,56 ha), Naturverjüngung — Saat — (2,00 ha), Jungwuchspflege (39,96 ha), Läuterungen (15,35 ha), Astungen (34,39 ha).

Forstpflanzenverwendung

Es wurden rd. 70 000 Forstpflanzen, darunter rd. 12 000 aus den eigenen Pflanzgärten, verwendet; ferner 2 Ztr. Rotbuchensamen für Naturverjüngung.

Holzeinschlag

Nutzholz (109,59 fm), Brenn- und Grubenpfeilerholz (270,36 fm).